

## Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der Wiedervereinigung

Oldenburg, Fred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oldenburg, F. (1998). *Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der Wiedervereinigung*. (Berichte / BIOst, 22-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43520>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einführung.....	7
2. Voraussetzungen.....	8
2.1 Selbstbeschränkung des deutschlandpolitischen Handlungsspielraums.....	8
2.2 Rahmenbedingungen deutschlandpolitischer Erneuerung.....	9
2.3 Veränderte Perzeptionen von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.....	12
3. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 1.....	13
3.1 Folgen der "Freiheit der Wahl".....	13
3.2 Die Wende in der DDR – Übergang zu einer erneuerten Deutschlandpolitik.....	15
3.3 Bonn ergreift die Initiative.....	16
4. Sowjetische Instrumente und Einflußfaktoren Ende 1989/Anfang 1990.....	18
5. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 2.....	20
5.1 Erste Anpassung: Freigabe der inneren Vereinigung.....	20
5.2 Das Problem der Restitutionen.....	21
6. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 3.....	24
6.1 Schwieriger Anlauf zur Regelung der äußeren Aspekte.....	24
6.2 Abschließende Erneuerung der Deutschlandpolitik.....	29
7. Fazit.....	34
Summary.....	37

12. April 1998



**Fred Oldenburg**

**Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik  
in der Phase der Wiedervereinigung**

Bericht des BIOst Nr. 22/1998

**Kurzfassung**

*Vorbemerkung*

Nach der Auffassung der Lehre von den internationalen Beziehungen ist die qualitative Erneuerung, bzw. Restrukturierung der Außenpolitik einer Großmacht ein dramatisches Unternehmen, welches in der Regel nur als Folge eines militärischen Konflikts möglich erscheint. Die Deutschlandpolitik der UdSSR stellt zwar nur einen Teilaspekt des sowjetischen außenpolitischen Handelns dar. Allerdings war dieser besonders wesentlich, denn er schuf am Anfang und Ende des Kalten Krieges Rahmenbedingungen für den grundsätzlichen Wandel des internationalen Systems. Auf der Grundlage neuen Archivmaterials, von Memoiren und wesentlichen Primär- und Sekundärquellen versucht diese Studie die friedliche Anpassung der sowjetischen Deutschlandpolitik an veränderte internationale Bedingungen nachzuzeichnen. Diese erlaubten letztlich die Vereinigung Deutschlands und schufen eine unerwartete Chance für das Zusammenwachsen eines neuen, geeinten Europas.

*Ergebnisse*

1. Bis zum Revolutionsjahr 1989 waren die sowjetischen Optionen hinsichtlich ihrer Deutschlandpolitik nachweisbar eingeschränkt. Die Teilung Deutschlands, die Kontrolle und Anbindung der DDR galten als unverzichtbar für die Sicherheit des äußeren Imperiums der UdSSR, waren Bestätigung einer expansiven Ideologie und nach sowjetischem Verständnis auch der Preis für den Sieg im II. Weltkrieg, den Deutschland mit außergewöhnlicher Brutalität gegen die Völker der Sowjetunion geführt hatte. Darüber hinaus stützte das etablierte internationale System die deutsche Zweistaatlichkeit.
2. Der Handlungsspielraum der sowjetischen Diplomatie war – unter dem Einfluß der traditionalistisch geprägten "Germanisten" – wegen des ideologisierten geopolitischen Denkens und der daraus folgenden Rücksichtnahme auf die DDR-Eliten einseitig beschnitten worden. Die Zeit war den sowjetischen Experten und Strategen, die zumeist Schüler Gromykos waren, davongelaufen, und auch Gorbatschow und wichtige seiner Mitarbeiter hegten bis Ende Januar 1990 Illusionen über die Reformierbarkeit und den gleichzeitigen Erhalt der DDR im äußeren sowjetischen Imperium, selbst unter den Bedingungen nationaler und sozialer Teilung.

3. Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik vollzog sich erst auf der Folie eines qualitativen inneren wie äußeren Wandels der Sowjetgesellschaft, der sich unterschwellig seit Jahren vorbereitet hatte. Offenkundig hatte nach zunehmender Einsicht herrschender Kreise der UdSSR das marxistisch-leninistische Drehbuch für die Gestaltung von Geschichte versagt. Aber auch die dem sowjetischen System zuvor inhärente Gewaltoption zur Rettung des Imperiums konnte nicht greifen, weil damit zwar möglicherweise Osteuropa und die DDR noch einige Zeit hätten gehalten werden können, Kardinalziele der Moskauer Reformer aber verfehlt worden wären.
4. Besonders die Überdehnung des sowjetischen äußeren Imperiums, bei gleichzeitigen und damit im Zusammenhang stehenden inneren Tendenzen des systemischen Niedergangs, erforderten einen Paradigmenwechsel sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser untergrub die sowjetkommunistische Machtposition in Europa weiter, da er eine, wenn auch keineswegs zwangsläufige, Möglichkeit der Auflösung des Status quo beinhaltete. Wesentlich war dabei, daß die Völker Osteuropas, besonders Polens und Ungarns, diese verborgene Tendenz aufnahmen und den quantitativen Wandel des äußeren Imperiums mit einer qualitativen – d.h. den Status quo revolutionierenden – Anstrengung beförderten.
5. Auf diesem Hintergrund ist der friedliche Rückzug aus dem äußeren Imperium, die Zustimmung zur Vereinigung Deutschlands in der NATO nur durch das Wirken mehrerer, nahezu einmaliger objektiver und subjektiver Faktoren zu erklären. In der Logik der von Gorbatschow betriebenen Umgestaltung des sowjetischen Herrschaftssystems lag eine sich rapide ausbreitende Anlehnung an die Hauptmächte des Westens. Doch auch die schnelle Effizienzstärkung der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wäre nötig gewesen. Statt dessen verweigerten sich wichtige Partnerländer der Perestrojka und bildeten aus Motiven ihres Machterhalts einen informellen Block gegen Gorbatschows Politik. Andererseits wiederholte und verstärkte sich in den Monaten des Jahres 1989 gerade in den Ländern des geopolitischen Vorfelds der UdSSR der Druck von unten, das parteimonopolistische System überhaupt zu überwinden und so schnell wie möglich die aufgezwungenen imperialen Institutionen von Warschauer Vertrag und RGW abzuwerfen. Diesem politischen Willen wider Kreise der Bevölkerung im Sinne der Breshnew-Doktrin entgegenzuwirken, hätte die zur Rettung der Perestrojka zwingend notwendige Kooperation mit den USA und ihren Verbündeten, insbesondere mit der Bundesrepublik, gefährdet. Auslöser für die Restrukturierung der Deutschlandpolitik waren somit sowohl der freilich zum Scheitern verurteilte Versuch, das herrschende spätstalinistische System an die Notwendigkeiten der technischen Revolution anzupassen und im weiteren Sinne zu modernisieren, wie auch dramatische Veränderungen des internationalen Systems und nicht zuletzt "Einsicht in die Notwendigkeiten" der Geschichte.
6. Die sich seit 1987/88 anbahnenden positiven Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland und die gleichzeitige Abwehr von Perestrojka und Glasnost' durch die Führung der SED veränderten auf dem Hintergrund sowohl des Gorbatschowschen "neuen Denkens" als auch der Unreformierbarkeit des kommunistischen Ge-

sellschaftssystems sukzessive die sowjetische Sicht von Bedeutung und Rolle beider deutscher Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt sowohl der Eliten als auch der einfachen Menschen in der UdSSR. Damit wandelte sich die bisherige starre Perzeption von der Notwendigkeit deutscher Teilung.

7. Eine der grundlegenden Voraussetzungen für die von Gorbatschow und Schewardnadse betriebenen Umsteuerungsprozesse waren jedoch die dramatischen Ereignisse in der DDR des Jahres 1989, welche die Moskauer Führung indirekt angestoßen hatte. Zwar waren sowohl die Teilnehmer der Massenflucht wie die der anschwellenden Demonstrationen noch von der Fortexistenz der DDR ausgegangen, doch die Öffnung der Mauer schuf in der deutschen Geschichte ein neues Datum. Aber auch in den unmittelbar danach folgenden Monaten, d.h. vom November 1989 bis Ende Januar 1990, schien die sowjetische Führung davon auszugehen, daß gerade eine nach dem Vorbild von Perestrojka und Glasnost' umgestaltete DDR, Teil des erneuerten Imperiums oder doch wenigstens der sowjetischen Einflußsphäre bleiben werde. Diese Illusion wurde dadurch zerstört, daß die Herrschenden der DDR nicht mehr in der Lage waren, unter neuen Bedingungen zu regieren und die bisher unterdrückte Bevölkerung nicht mehr auf alte Weise regiert werden wollte und immer mehr auf den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland drängte.
8. Erstaunlich bleibt, wie wenig sich die Sowjetführung zur Rettung des bisherigen Machtgleichgewichts in der Mitte Europas engagierte. Entscheidend dafür waren unter anderem die ständig steigenden außenpolitischen und ökonomischen Kosten des Imperiums, die dadurch ausgelöst und verstärkten Lernprozesse eines Teils der Moskauer Führungsschicht und somit letztlich der vor dem Hintergrund der Veränderung der "Korrelation der Kräfte" von der antistalinistischen Schule geprägte Versuch, kommunistische Außen- und Innenpolitik auf neue Weise zu definieren, sich dem Westen zu öffnen, die Integration in die Weltwirtschaft zu fördern, ein einheitliches Völkerrecht zu akzeptieren und das Experiment eines demokratischen Sozialismus zu wagen. Bedeutsam war die Anfang 1990 bewußt gewordene Erkenntnis, daß auch in Ostdeutschland das spätstalinistische Modell gescheitert, die DDR nicht mehr friedlich zu stabilisieren und ihre Abhängigkeit von Westdeutschland ohne große Aufwendungen kaum noch abzubremsen war. Dabei ging die sowjetische Politik von einem ungebrochenen Streben der Deutschen nach nationaler Einheit aus.
9. Dennoch verfügte die Moskauer Diplomatie zu Anfang des Jahres 1990 durchaus über eine Vielzahl von Instrumenten und Einflußmöglichkeiten, um die Vereinigung zu kanalisieren oder sogar nachhaltig zu stören. Das waren insbesondere: die militärische Truppenpräsenz von 340.000 Soldaten; die Fortgeltung der Viermächterechte und damit die Notwendigkeit einer einvernehmlichen internationalen Regelung; die langwirkenden bilateralen Bindungen zwischen der UdSSR und der DDR; das jederzeit anzufachende Mißtrauen der Nachbarn Deutschlands vor einem neuen "vierten Reich" oder doch mindestens vor dem wiedervereinigten Deutschland als einer in Europa schwer zu integrierenden neuen Großmacht; die Möglichkeit, Deutschland sicherheitspolitisch zu singularisieren und/oder unüberwindbare Hürden für die Aufnahme Gesamtdeutschlands

in die NATO aufzurichten; die Abrüstungsverhandlungen dilatorisch zu behandeln oder gar zu blockieren; die finanziellen Kosten der Vereinigung in nicht bezahlbare Höhen zu treiben. Die sowjetische Diplomatie hat Ende 1989/1990 selbstverständlich das eine oder andere Instrument benutzt, sich aber letztlich seit dem Frühsommer 1990 von den Vorteilen einer radikal restrukturierten Deutschlandpolitik überzeugen lassen. So erschien die Alternative eines nicht in der NATO verankerten Deutschlands keineswegs attraktiv. Und anderweitige Vorschläge der sowjetischen Deutschlandexperten, wie z.B. der einer Doppelmitgliedschaft in beiden Allianzen, waren nicht nur unpraktikabel, sondern hätten die sowjetische Diplomatie beim Zwei-plus-Vier-Prozeß isoliert.

10. Initiativen zur Festschreibung der zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen in der SBZ gingen von der Regierung Modrow und der PDS-Führung aus. Diese sind vor und während des Zwei-plus-Vier-Prozesses von sowjetischer Seite aufgegriffen und deutlich unterstützt worden. Zwar hat sich Gorbatschow bei Verhandlungen zu diesem Fragenkomplex zurückhaltend gezeigt, doch mußte die deutsche Seite davon ausgehen, es handele sich dabei um eine wichtige Vorbedingung der Wiedervereinigung.
11. Wesentliche Anpassungen der sich seit Ende Januar 1990 grundsätzlich der Vereinigung Deutschlands zustimmenden sowjetischen Führung waren begleitet von widersprüchlichen Signalen, hinhaltendem Widerstand und nahezu offener Rebellion wichtiger, traditionalistisch eingestellter Kräfte gegen die Politik Gorbatschows und Schewardnades. Erst positive westliche Signale und der Sieg des Generalsekretärs auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 ermöglichten den Kompromiß von Moskau und Archys, der in dem Zwei-plus-Vier-Vertrag sowie dem bilateralen Partnerschaftsvertrag mündete.
12. Es bedurfte allerdings ebenso außergewöhnlicher westlicher Staatskunst und nicht zuletzt westdeutscher wirtschaftlicher Kompensationen in der Höhe von knapp 50 Mrd. DM, um die traditionalistische sowjetische Politik innerhalb weniger Monate zum partnerschaftlichen Einverständnis mit der Einheit Deutschlands, verankert in der westlichen Allianz, zu führen. Voraussetzung war, daß der etablierte Entscheidungsprozeß ausgehebelt werden konnte, die führenden sowjetischen Institutionen, wie die Gremien der Partei, der Regierung, des KGB oder der Armee zutiefst verunsichert waren und von Gorbatschow, Schewardnase, Jakowlew und deren engsten Beratern ausmanövriert und beiseite geschoben werden konnten.
13. Fragt man nach der Rationalität der Erneuerung sowjetischer Deutschlandpolitik, so bestand diese in der Zuversicht, Deutschland werde nach einer Wiedervereinigung mehr als im Zustand der Teilung die Perestrojka der Sowjetunion befördern, zudem als Brücke nach Westeuropa dienen und zur Integration in die Weltwirtschaft beitragen. Aber auch Hoffnungen auf eine Achse Moskau-Berlin und auf eine langfristige Zurückdrängung US-amerikanischer Dominanz dürften eine Rolle gespielt haben.

## 1. Einführung

Die qualitative Erneuerung, d.h. die Restrukturierung der Außenpolitik einer Großmacht ist nach einer Lehre von den internationalen Beziehungen ein überaus kompliziertes und dramatisches Unterfangen.<sup>1</sup> Wenn es sich in früheren Zeiten um eine resolute Neuadaptation an das internationale System handelte, erfolgte diese solcher Auffassung gemäß in der Regel als Konsequenz eines militärischen Konflikts. Doch die unerwartete Aufgabe des äußeren Imperiums und die sensationelle Zustimmung zur Vereinigung Deutschlands, noch dazu eingebunden in die NATO, waren das Ergebnis einer friedlichen Anpassung der sowjetischen Führung. Unerwartet und sensationell deshalb, weil die Supermacht UdSSR jahrzehntelang die Kontrolle über ein spätotalitär verfaßtes Ost- und Mitteleuropa für ihre Weltmachtstellung als unverzichtbar gehalten hatte. Bereits 1987 wurde – wenn auch nur als eine "theoretische Alternative" zu dem damals vorherrschenden Modus vivendi in der Bipolarität – die "Ablenkung der Flügelmächte, eine globale 'Krim-Krieg'-Konstellation, die für die Einigung Gesamteuropas (wie einst für die deutsche Einigung) günstige Rahmenbedingungen darstellen könnte", angezeigt.<sup>2</sup> Die Deutschlandpolitik war zwar nur ein Teilaspekt sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik,<sup>3</sup> aber eben doch ein besonders wesentlicher und kritischer. Und dies, weil sich – wie in einem Brennspeigel an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme und letztlich zweier Zivilisationen und politischer Systeme – die sowjetischen Interessen bündelten, Strategien brachen. Um so mehr bleiben die deutschlandpolitische Restrukturierung wie auch die Implosion des spätotalitären Systems eine Herausforderung für die internationale Theoriebildung.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Dieses Phänomen ist möglicherweise in der internationalen Theorie unterschätzt worden, weil diese weitgehend von Gleichgewichtszuständen ausging. Vgl. hierzu R. Gilpin: *War and Change in World Politics*. New York 1981; R.N. Lebow/T. Risse-Kappen (Hg.): *International Relations Theory and the End of the Cold War*. New York 1995; J.A. Rosati/J.E. Hagan/M.W. Simpson (Hg.): *Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change*. University of South Carolina 1994; A. Wendt: *Constructing International Politics*, in: *International Security*, Jg. 20, No. 1, 1995, S. 71-81.

<sup>2</sup> W. Link: *Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland*, in: M. Funke (Hg.): *Demokratie und Diktatur. Festschrift für K.-D. Bracher*. Düsseldorf 1987, S. 414; ders.: *Handlungsmaximen deutscher Außenpolitik im neuen Internationalen System*, in: *Jahrbuch für Politik*, Jg. 1, 1991, Nr. 1, S. 77ff.

<sup>3</sup> Vgl. F. Oldenburg: *Sowjetische Außenpolitik 1985-1991. Berichte des BIOst*, Köln, Nr. 53-1997.

<sup>4</sup> Siehe zur jüngsten deutschen Diskussion u.a. E. Forndran: *Grenzen des Realismus. Zu Erklärungsversuchen internationaler Politik*, Teil I, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol)*, Jg. 6, Nr. 4, 1996/97, S. 997-1041; Teil II, in: *ZPol*, Jg. 7, Nr. 1, 1997, S. 33-77; A. Siedschlag: *Eine Replik auf E. Forndran*, in: *ZPol*, Jg. 7, Nr. 4, 1997, S. 1361-1376.

## 2. Voraussetzungen

### 2.1 *Selbstbeschränkung des deutschlandpolitischen Handlungsspielraums*

Zu Beginn der Ära Gorbatschow war der Handlungsspielraum der sowjetischen Führung hinsichtlich der deutschen Frage deutlich eingeschränkt.<sup>5</sup> Spätestens seit Anfang der fünfziger Jahre – nach der Liquidierung Berijas 1953 – hatte sich die sowjetische Führung eindeutig auf die Teilungsoption festgelegt. Andere Optionen waren kurzfristig Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre erfolglos getestet worden.<sup>6</sup> Ob z.B. die umstrittene Note vom 10. März 1952 überhaupt jemals ernst gemeint war, ist von der neuesten Forschung möglicherweise negativ entschieden worden.<sup>7</sup> Demnach galten die Existenz und Kontrolle der DDR nicht nur als Bestätigung einer expansiven außenpolitischen Ideologie, die durch die Notwendigkeiten der Geopolitik unterstützt wurde, sondern auch als verdienter Preis des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Mehr als andere agitatorische Floskeln fand gerade die patriotische Propaganda positiven Widerhall bei den Völkern der Sowjetunion und sicherte intensiver als anspruchsvollere Ideologeme die Macht des "Kasernensozialismus" ab.<sup>8</sup> Der Überfall auf die UdSSR hatte die bereits mit dem Bürgerkrieg und der Stalinisierung einhergehende Gewalterfahrung verstärkt. Der Sieg über Deutschland begründete die

---

<sup>5</sup> Vgl. H. Adomeit: *Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*. Baden-Baden 1998; R. Biermann: *Zwischen Kreml und Kanzleramt*. Paderborn 1997; R. Fritsch-Bournazel: *Europa und die deutsche Einheit*. Bonn 1990; K. Kaiser: *Deutschlands Vereinigung: Die internationalen Aspekte*. Bergisch-Gladbach 1991; F. Oldenburg: *Gorbatschows Deutschlandpolitik und die Implosion der DDR*, in: K. Eckart/J. Hacker/S. Mampel (Hg.): *Wiedervereinigung Deutschlands*. Berlin 1998, S. 259-282; N.V. Pavlov: *Ob"edinenie ili rasskaz o rešenii germanskogo voprosa s kommentarijami i otstuplenijami*. Moskau 1992; D.H. Shumaker: *Gorbachev and the German Question: Soviet-West German Relations, 1985-1990*. Westport, London 1995; G. Wettig: *Das Ende der DDR – Phänomen imperialen Zusammenbruchs*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin*, Nr. 4, 1997, S. 4-16; P. Zelikow/C. Rice: *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*. Cambridge, Mass.; London 1995. Einen neueren Überblick über die Beziehungen der SED zur KPdSU bei E. Scherstjanoi: *Zum Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung*, in: A. Herbst/G.-R. Stephan/J. Winkler (Hg.): *Die SED*. Berlin 1997, S. 177ff.

<sup>6</sup> W. Pfeiler: *Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion*. Melle 1988.

<sup>7</sup> Demnach war die UdSSR selbst zu diesem Zeitpunkt keineswegs zur Wiedervereinigung auf neutraler und demokratischer Grundlage bereit, von der Akzeptanz der Mitgliedschaft Deutschlands in westlichen Allianzen ganz zu schweigen – übrigens bis zum Jahre 1990. Vgl. G. Wettig: *Zum Stand der Forschung über Stalins und Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953*, in: *Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins mit Beiträgen von Heinrich Bodensieck u.a.* Berlin 1994, S. 183-200; ders.: *Stalin und die deutsche Frage. Die Note vom 10. März 1952*, in: *Osteuropa*, Jg. 47, Nr. 6, 1997, S. 1259-1273; W. Loth: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. Berlin 1994, vertritt demgegenüber die Ansicht, Stalin habe durchgängig ein einheitliches, demokratisches Deutschland angestrebt.

<sup>8</sup> Vgl. A. Černjaev: *Ob"edinenie Germanii. Političeskie mehanizmy i psihologičeskie stereotipy*, in: *Svobodnaja mysl'*, No. 8 (1465), August 1997, S. 25f. Vgl. zum Begriff des "Kasernensozialismus" A.P. Butenko: *Ergebnisse und Bewertungen der Oktoberrevolution*, in: H. Weber u.a. (Hg.): *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997*. Berlin 1997, S. 26, 29.

Sowjetunion als "Weltmacht neuen Typus"<sup>9</sup>. Diese legitimierte sich nicht allein mit einer umfassenden Philosophie, sondern auch in ritualisierten Kultveranstaltungen, etwa am 9. Mai, durch den Rückgriff auf die erfolgreiche Niederwerfung Deutschlands. Zudem war die Verfügungsgewalt über den "Homunkulus DDR" (Abrassimow) und somit die Teilung Deutschlands nicht nur geostrategisch, ökonomisch und ideologisch bedeutsam, sondern überdies ein wichtiger emotionaler Faktor, der den Lebenssinn der älteren Generation prägte. Erst zusammen mit dem Verfall des politischen Systems und nach wirtschaftlichen Mißerfolgen kam eine Generation an die Schalthebel der Macht, die nicht direkt durch Gewalterfahrungen zwischen 1917 und 1945 geprägt worden war. Ende der achtziger Jahre hatte sich die kollektive Psyche der Eliten der Sowjetunion, gerade auch durch frühere Entspannungsanläufe gefördert, aus der tradierten Panzermentalität zu befreien begonnen.<sup>10</sup> Die Politik resoluter Konfrontation, die sich u.a. bei der Stationierung der SS-20, dem Einmarsch in Afghanistan, den Drohungen gegen Polen sowie den Aufrüstungsforderungen Ogarkows zeigten, hatten nicht nur die UdSSR isoliert und ihre ökonomischen Kapazitäten sinnlos überfordert, sondern auch einen Großkonflikt nicht völlig unwahrscheinlich erscheinen lassen.

## 2.2 Rahmenbedingungen deutschlandpolitischer Erneuerung

Das sowjetische außen- und sicherheitspolitische Überengagement bei gleichzeitig zunehmenden inneren Niedergangstendenzen<sup>11</sup> erforderte ein Umsteuern Moskaus und einen neuerlichen werbenden Anlauf gegenüber dem Westen. Gleichwohl gab es auf der internationalen Ebene in der deutschen Frage insgesamt "bis 1989 keinen Handlungsspielraum".<sup>12</sup> Seit Jahrzehnten waren letztlich alle Siegermächte des Zweiten

---

<sup>9</sup> Z.K. Brzezinski: *The Soviet Union: Her Aims, Problems, and Challenges to the West*. Adelphi Papers, No. 189, Frühjahr 1984, S. 3-12; vgl. auch F. Oldenburg: *Osteuropa – Basis sowjetischer Weltmachtpolitik?* in: G. Simon (Hg.): *Weltmacht Sowjetunion*. Köln 1987, S. 212f.

<sup>10</sup> Vgl. D. Askotchenskij: *Der verschwundene Feind*, Bonn 1997; H. Süßmuth (Hg.): *Deutschlandbilder in Polen und Rußland*, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Baden-Baden 1993, S. 165ff. mit Beiträgen von H. Hecker, D. Pogorschelski und A. Gurkow.

<sup>11</sup> Vgl. S. Bialer: *The Soviet Paradox: External Expansion, Internal Decline*. New York 1986; Z.K. Brzezinski: *The Grand Failure*. New York 1989; J.B. Dunlop: *The Rise of Russia and the Fall of the Soviet Empire*. Princeton 1993; H. Horn: *Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen*, in: *Osteuropa*, Jg. 43, Nr. 1, S. 33-43; K. Segbers: *Der sowjetische Systemwandel*. Frankfurt 1989; ders.: *Perestrojka-Zwischenbilanz*. Frankfurt 1990; G. Simon/N. Simon: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*. München 1990; Z [M. Malia]: *To the Stalin Mausoleum*, in: *Daedalus*, Jg. 119, No. 1, Winter 1990, S. 295-344; S. White: *Gorbachev and After*. Cambridge 1992; *Jahrbuch Sowjetunion 1990/91*, Hg. vom BIOst Köln. München 1991. Vgl. auch die komparative Studie von J. Snyder: *Myth of Empire. Domestic Politics and International Ambition*. Ithaca, London 1991, bes. S. 212-254, die die verschiedenen innenpolitisch bestimmten Ansätze sowjetischer Weltmachtpolitik nach Stalin analysiert und auf die Nähe Gorbatschows zu Malenkows Strategie hinweist. Vgl. auch Ch. Kupchan: *The Vulnerability of Empire*. Ithaca, London 1994.

<sup>12</sup> So das Urteil von G. Schöllgen: *Die internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume beider deutschen Staaten in der Vereinigungsphase*. Vortrag bei der Öffentlichen Anhörung "Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereinigungsprozeß" der Bundestagsenquetekommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" am 6. Oktober 1997.

Weltkrieges dem Status quo in Europa verpflichtet. Die Festlegungen des Deutschlandvertrages von 1952, der seinerzeit die Aufnahme der Bundesrepublik in die EVG abstützen sollte, waren nützliche Wechsel auf die Zukunft, die immer wieder prolongiert wurden, bei vielen der politischen Klasse in westeuropäischen Staaten allerdings in der Hoffnung, daß sie niemals eingelöst werden sollten. Damit schienen lediglich für das Management der Teilung, das sich am dramatischsten in Berlin manifestierte, Handlungsspielräume zu existieren. Nach Bekunden eines engen Gorbatschow-Beraters galten die DDR-Deutschen ohnehin als "unsere". So schrieb Tschernjajew: "Was das Verständnis von Deutschland betraf, so wurde es mit Westdeutschland gleichgesetzt. [...] Die deutsche Frage, wie sie seit Adenauers Zeiten dargestellt wird, existierte bis zur Perestrojka nicht. Wir haben sie offiziell nicht anerkannt, weil wir ihren Endsinn gut verstanden."<sup>13</sup> Auch Gorbatschows Deutschlandbild sah folgendermaßen aus: "Die DDR ist unser Verbündeter, die Bundesrepublik – obwohl unser Handelspartner Nummer Eins im Westen – galt als potentieller Gegner". Die Beziehungen zur BRD seien im "Kontext der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen betrachtet" worden.<sup>14</sup>

Mit der prioritären Festlegung auf den dauernden Erhalt der DDR war diese lange Zeit in eine ungewöhnlich günstige Verhandlungsposition versetzt worden.<sup>15</sup> Ihre Schwäche wurde zu einem dauernden Bindemittel der Sowjetblocksolidarität. In drei Verträgen von 1955, 1964 und 1975 wiederholte Moskau die Bestandsgarantie für die DDR, wenngleich es seine Prärogative für Deutschland als ganzes jeweils konkludent aufrechterhielt.<sup>16</sup> Erst mit den Änderungen der Rahmenbedingungen veränderte sich die Option der UdSSR-Diplomatie und zwar als Konsequenz

- der Verschiebung der "Korrelation der Kräfte" zugunsten der USA, der NATO und der EG,
- des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs des spättotalitären parteimonopolistischen Sozialismus in den osteuropäischen Staaten wie in der UdSSR,
- der Neudefinition der außenpolitischen Paradigmen im Zeichen des "Neuen Denkens",
- der veränderten Perzeption wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der Sowjetunion,
- der zunehmenden Kraft, aber ebenso der Friedfertigkeit der Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien) und
- der Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft ab November 1989 – nach der Öffnung der Mauer – abzustürzen drohte.

---

<sup>13</sup> Černjajev, Ob"edinenie, a.a.O., S.26f. Wie man in der sowjetischen Führung ganz allgemein die DDR einschätzte, beschreibt auch G. Šachnazarov: *Cena svobody*. Moskau 1993, S. 119.

<sup>14</sup> M. Gorbatschow: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 700.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 928f.

<sup>16</sup> Chr. Meier/F. Oldenburg: Der Vertrag DDR/UdSSR als Modell für den integrativen Bilateralismus in der Sozialistischen Staatengemeinschaft, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, Jg. 6, Nr. 2, 1976, S. 103-137.

Den Wendepunkt einer ernsthaften strategischen Festschreibung der Philosophie des "neuen Denkens" mit den damals verborgenen Möglichkeiten für die Lösung der deutschen Frage bildete die UN-Rede Gorbatschows vom Dezember 1988. Die hier proklamierte Gorbatschow-Doktrin beschränkte die sowjetische militärische Hilfeleistung nur auf den Fall einer äußeren Aggression gegen Osteuropa, besonders gegen die DDR. Sie schuf zusammen mit der im Mai 1987 in Berlin vom Warschauer Pakt proklamierten Doktrin der hinlänglichen defensiven Verteidigung eine Evolution des außenpolitischen Denkens, die die Aufweichung der sowjetischen Vorwärtsverteidigung und somit den Abbau vorgeschobener Frontlinien nicht mehr gänzlich ausschloß.

Damit lag der Dialektik von Innen- und Außenpolitik des zentristischen Flügels der KPdSU bereits latent eine Optionsveränderung zugunsten der Bundesrepublik und zu Lasten der DDR zugrunde. Offensichtlich hat dies die SED-Führung auch frühzeitig erkannt. Doch schenkte sie bis Anfang 1990 – zumindest öffentlich – unverdrossen den Beteuerungen Glauben, Moskau werde die Existenz der DDR nicht zur Disposition stellen. Wenn auch die deutsche Vereinigung letztlich in der Logik der Geschichte aufgehoben blieb, war sie doch nur eine vage Möglichkeit. Sie zu realisieren, erforderte neben der Verstärkung objektiver Faktoren, so z.B. der Vertiefung der Krise des spätstalinistischen europäischen Systems und der gleichzeitigen Erfolgsstory von Demokratie und Kapitalismus, auch die Staatskunst westlicher Staatenlenker und die Einsicht sowjetischer Führer.

In diesem Zusammenhang muß besonders auf den Kollaps der mono-organisatorischen Herrschaftsstruktur (Rigby), erst in Polen, dann in Ungarn, verwiesen werden, der für Gorbatschow die Kosten der Aufrechterhaltung des äußeren Imperiums ungewollt in die Höhe trieb. Auf der anderen Seite waren die eklatante Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik Deutschland, ihre doppelte Penetration, der im Herbst 1989 wachsende Ausreisedruck, die anschwellende Stärke der Bürgerbewegung und eine Vielzahl von Fehlentscheidungen der SED-Führung Voraussetzungen für die Adaption Gorbatschows. Diese wurde allerdings durch eigene überraschende Denkfiguren und die immer sichtbarere Erfolglosigkeit der inneren Perestrojka unterfüttert.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. V. Falin: Konflikte im Kreml. München 1997, S. 149. Begleitet wurde dieser Lernprozeß vom hinhaltenen Widerstand der Orthodoxen gegen einschneidende Reformen. Dieser wiederum führte zu den Beschlüssen der XIX. Parteikonferenz (Juni/Juli 1988) mit der Zurückdrängung der Parteiherrschaft, der Einflußschwächung der Traditionalisten im Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU (September/Oktober 1988) und ihrer partiellen Zwangspensionierung im Zentralkomitee (Frühjahr 1989). Vorausgegangen war ein ungewöhnlicher Lernprozeß der wichtigsten Gestalter der sowjetischen Politik, man denke außer an Gorbatschow, auch an Schewardnadse, Jakowlew, Medwedjew u.a. Vgl. P. Palazchenko: My Years with Gorbachev and Shevardnadze. University Park, Penn. 1997, S. 171ff. Vgl. auch C. McGiffert Ekedahl/M.A. Goodman: The Wars of Eduard Shevardnadze. University Park, Pennsylvania 1997. Vgl. analytisch grundlegend R. Legvold: Soviet Learning in the 1980s, in: G. Breslauer/P.E. Tetlock (Hg.): Learning in U.S. and Soviet Foreign Policy. Boulder, Co. 1991, S. 684-732; J. Grosse Stein: Political Learning by Doing: Gorbachev as Uncommitted Thinker and Motivated Learner, in: R.N. Lebow/T. Risse-Kappen: International Relations Theory and the End of the Cold War. New York 1995, S. 223-258.

### 2.3 *Veränderte Perzeptionen von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*

Bereits während einer Politbürositzung im Mai 1987 hatte Gorbatschow für eine vorsichtige Erweiterung des Handlungsspielraums gegenüber der BRD plädiert, ohne allerdings Zugeständnisse in der deutschen Frage einzuräumen.<sup>18</sup> Zwar zielte er noch keine Vorzugsbehandlung der Bundesrepublik Deutschland an, doch wollte der sowjetische Generalsekretär mit der vorgeblichen Neuöffnung der deutschen Frage ("Was in hundert Jahren sein wird...") dem dringend benötigten Mitspieler im internationalen System ein gewisses Placebo verabreichen. Man war sich in Moskau endlich bewußt, daß die Konzeption des europäischen Hauses ohne die engagierte Teilnahme Bonns nicht mit Leben zu erfüllen war. Vor allem ging es aber um die Reanimation des Moskauer Vertrages sowie um eine Stärkung konservativer westdeutscher Kreise, die einer Fortführung der Konfrontationspolitik kritisch gegenüberstanden.

Erst mit dem Treffen Gorbatschows und Kohls im Oktober 1988 verschob sich die Sicht des Generalsekretärs und seiner engsten Umgebung tastend zugunsten der Bundesrepublik, wenngleich die der einflußreichen Germanisten skeptisch blieb. Nach dieser Moskauer Begegnung erweiterte sich der Handlungsspielraum sowjetischer Außenpolitik rasch um den Faktor Deutschland. Die Optionen der sowjetischen Diplomatie weiteten sich nach Westeuropa aus, während sie sich nach Osteuropa verengten.<sup>19</sup> Der Besuch des sowjetischen Präsidenten in der Bundesrepublik im Juni 1989 beeinflusste jedoch dessen Disposition hinsichtlich Deutschlands in besonderer Weise.<sup>20</sup> Überall in Bonn und an anderen Orten der Bundesrepublik, aber auch bei seinen Visiten in Paris und Straßburg, spürte Gorbatschow die Sympathie nicht nur der einfachen Menschen, sondern auch der politischen Klasse des Westens ganz allgemein. Tschernjajew schreibt: "Das war überhaupt nicht das Land und das Volk, von dem wir uns unter dem Eindruck der Jahre 1941 bis 1945 und des 'Kalten Krieges' ein Bild geschaffen hatten."<sup>21</sup> So legte sich – als Folge des Generationenwechsels, persönlicher Begegnungen, aber auch erweiterter wissenschaftlicher Beschäftigung mit Europa über die bisherige Perzeption des strategischen Verbündeten, der DDR, eine attraktivere, die der Bundesrepublik. Analysen des neugegründeten Europa-Instituts, noch mehr aber jene des Instituts für die Ökonomie des sozialistischen Weltsystems, namentlich die von Wjatscheslaw Daschitschew, beeinflussten das Denken moderner Entscheidungsträger. Kein Wunder angesichts der Entwicklungen in der DDR des Frühjahres 1989. Gorbatschow und seine engsten Mitarbeiter arbeiteten sich mit erheblich gewandelter Perzeption in das deutsche Thema ein.

---

<sup>18</sup> Černjaev, *Ob"edinenie Germanii...*, S. 27f.

<sup>19</sup> Vgl. die Ausführungen von D. Bingen bei der öffentl. Anhörung der Enequete-Kommission "Die Folgen der SED-Diktatur" am 6. Oktober 1997: Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90; K.v. Beyme: *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt a.M. 1994; H. Timmermann: *The Soviet Union and Eastern Europe: Dynamics of Finlandization*, in: *Radio Liberty: Report on the USSR*, No. 33, 17.9.1990, S. 15-18.

<sup>20</sup> So A. Tschernjajews Analyse bereits bei seinem Vortrag vor dem Göttinger Arbeitskreis am 5. Mai 1995 in Mainz.

<sup>21</sup> Černjaev, *Ob"edinenie Germanii...*, a.a.O., S. 29.

### 3. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 1

#### 3.1 Folgen der "Freiheit der Wahl"

Valentin Falin beschreibt die damaligen Überlegungen: "Die Konfrontation mit den USA muß um jeden Preis zu Ende gehen. Wenn Erich Honecker nicht mitspielen will dann... [...] Keine innere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik. Einmischung bedeutet, seinem Nachfolger Unterstützung in Aussicht zu stellen. Unterstützung – das sind neue Ausgaben, die man sich nicht aus den Rippen schneiden kann."<sup>22</sup> Andererseits rührten sich jedoch im Jahre 1989 in Moskau wenig Hände, um die DDR-Opposition zu stärken, Reformen einzufordern. Vielmehr verließ man sich auf die eigene Vorbildwirkung. Und selbst Gorbatschows und KGB-Chef Krjutschkows Unterstützung für Modrow vor dem Sturz Honeckers, gehört wohl eher in den Bereich der Legende.<sup>23</sup> Was die seit Ende September anschwellenden Demonstrationen in Leipzig und andernorts anging, so war Gorbatschow der Meinung, daß es sich um eine "Volksbewegung für eine Demokratisierung" handle und dagegen keine Gewalt angewendet werden dürfe.<sup>24</sup> Für die Menschen im Osten unerwartet, hielt sich Gorbatschow an die von ihm proklamierten Prinzipien des "neuen Denkens". Zudem stand in der DDR keine Gruppe von überzeugenden Erneuerern bereit. Die offenkundige Ressourcenverschwendung einerseits und die Anbindung an wirtschaftliche Stützungen Bonns andererseits hatten zwar die soziale Balance in der DDR gehalten, gleichzeitig aber Staat und Gesellschaft reformunfähig werden lassen. So mußten selbst prosozialistische Reformansätze zur Rettung der DDR von der Straße erzwungen, von mutigen Dissidenten gegen die Parteiführung erkämpft werden. Eine kurze Zeit konnten sich die Bürgerrechtler vermutlich sogar mit der Mehrheit der Bevölkerung einig wissen.<sup>25</sup>

Erstaunlich bleibt, wie passiv Gorbatschow auf die dringenden Appelle der Anti-Honecker-Verschworenen im Politbüro (Stoph, Mielke, Neumann, Krolikowski und auch Hager) reagierte, sei es, weil deren Namen nicht gerade für Progressivität standen, oder weil er sich tatsächlich aus der Innenpolitik der sozialistischen Staaten heraushalten wollte. Andererseits erkannten selbst die Traditionalisten in der KPdSU-Führung, daß die ökonomische Unterstützung aus der DDR für die sowjetische Perestrojka nur minimal sein konnte. Vielmehr band die Option für den Erhalt der DDR und des sowjetischen äußeren Imperiums gewaltige sowjetische Ressourcen. Gleichzeitig war nach Meinung Frank-Joachim Herrmanns, des engsten persönlichen Mitarbeiters des Staatsratsvorsitzenden, das Insistieren Honeckers auf seinen Besuch der Bundesrepublik im Jahre 1987, noch vor Gorbatschows Reise nach Bonn, wie auch die Ablehnung politischer Reformen "Wasser auf die Mühlen" jener gewesen, die die Aufgabe der Fürsorgepflicht Moskaus für die DDR oder die

---

<sup>22</sup> V. Falin: Konflikte..., a.a.O., S. 149.

<sup>23</sup> Nach dem Zeugnis von H. Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland: Berlin 1998, S. 311.

<sup>24</sup> So A. Tschernjajew in seinem Vortrag vor dem Göttinger Arbeitskreis am 5. Mai 1995 in Mainz.

<sup>25</sup> Noch 1992 erklärten 67% der ostdeutschen Bürger, "bis zum Schluß hätten sie an die Überlegenheit des Sozialismus geglaubt". Vgl. E. Noelle-Neumann: Falsche Geborgenheit, in: FAZ, 5.3.1998, S. 3.

"Minimierung des Gewichts der DDR und anderer Verbündeter" gedanklich vorbereiteten.<sup>26</sup> In Moskau war bereits seit Mitte der siebziger Jahre die wachsende Abhängigkeit Ostberlins von Bonn mit zunehmenden Mißtrauen begleitet worden. Dort fühlte man sich immer wieder hintergangen. Der Grund wurde zwar anfangs in Personen der DDR-Führung – wie Honecker und Mittag – gesucht, jedoch verstand man langsam besser, daß die Instrumente der UdSSR nicht mehr ausreichten, um dem von der Bundesrepublik ausgehenden Sog entgegenwirken zu können. Es bleibt bemerkenswert, wie energisch sich Gorbatschow persönlich zwischen 1984 (als Mitglied des Politbüros der KPdSU) und 1986 (als Generalsekretär) gegen eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten ausgesprochen hatte. Konföderationsangebote und -planungen scheinen nicht zu seinen Optionen gehört zu haben. Inzwischen ist von autoritativer Quelle bestätigt worden, daß Gorbatschow bereits Ende August 1989 die Öffnung der ungarischen Grenze auch für DDR-Bürger billigte,<sup>27</sup> was allerdings gleichzeitig solidarische Pressekommentare mit der SED-Position nicht ausschloß. Wollte Gorbatschow, wie behauptet wird, das Honecker-Regime schwächen, um die DDR reformieren zu lassen? Auszuschließen ist nicht, daß er indirekten Druck ausübte.

Jedenfalls erschütterten Gorbatschows Zurückhaltung und Schewardnadses Vermittlungsstil in New York (vorübergehende Lösung des Flüchtlingsproblems in den BRD-Botschaften Ostmitteleuropas) – ungeachtet dessen scharfer anti-Bonner Rede im September 1989 vor der UN-Vollversammlung – die Ostberliner Position und sorgten dafür, daß Zehntausende ostdeutscher Flüchtlinge die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau verlassen konnten. Von hier bis zur Verstärkung destabilisierender Momente durch Fortsetzung der Flucht und Bildung einer massenhaften, weitgehend prosozialistischen und Pro-DDR-Oppositionsbewegung war nur ein kurzer Weg. Spürbar war, daß beide Strömungen, ebenso wie die sowjetische Führung, noch von einer langfristigen Existenz der DDR ausgingen.

In Ostdeutschland war die Delegitimierung des spätstalinistischen Systems bereits seit Frühjahr/Sommer 1989 so weit fortgeschritten, daß sich den Nachfolgern Honeckers ein energisches Durchgreifen nicht ohne weiteres anbot. Vielmehr mußten sie bemüht sein, Ventile zu öffnen, insbesondere die geforderte Ausreise- und Reisefreiheit zu gewähren. Bemerkenswert bleibt, daß Gorbatschow die Repressionsvorbereitungen Honeckers gegen die Demonstranten in der DDR weder unterband noch unterstützte. Offensichtlich hielt er auch hier an dem von ihm erstmals 1985 proklamierten Prinzip der "Freiheit der Wahl" fest. Gorbatschow soll Honecker bereits im Sommer 1989 gewarnt haben: "Sollte es zu einem Konflikt der Behörden der DDR mit der eigenen Bevölkerung kommen, bleiben die sowjetischen Soldaten in ihren

---

<sup>26</sup> F.-J. Herrmann, Neues Deutschland, 6./7.9.1997, S. 12.

<sup>27</sup> H. Kohl: "Ich wollte Deutschlands Einheit", dargest. von K. Diekmann/R.-G. Reuth. Berlin 1996, S. 75.

Kasernen."<sup>28</sup> Am 21. Oktober 1989, unmittelbar nach dem Sturz Honeckers, zog der DDR-Minister für Staatssicherheit, Mielke, daraus wesentliche Schlußfolgerungen: "Ohne die Sowjetunion gab es und gibt es keine DDR. [...] Alles was wir tun und was wir vorhaben, muß sich unter Beachtung der Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion vollziehen." Mielke rief die an der MfS-internen Konferenz teilnehmenden 74 Generale und Obersten auf, sich angesichts des Verzichts Moskaus auf militärische Intervention "politischer Klugheit und Besonnenheit" zu befleißigen.<sup>29</sup> Hatte Gorbatschow keine ausreichenden Informationen über die Krise der DDR und die Stärke der Opposition? Der seinerzeit verantwortliche Analytiker der KGB-Vertretung in Berlin wies unlängst darauf hin, daß dem Generalsekretär alle Honecker-kritischen Informationen übermittelt worden waren, gab allerdings zu, man habe auch beim KGB weder die Rolle der ostdeutschen Kirchen noch die der Opposition verstanden. Beide hätten sich nicht in das ideologisch vorgegebene Bild einpassen lassen.<sup>30</sup>

### ***3.2 Die Wende in der DDR – Übergang zu einer erneuerten Deutschlandpolitik***

Nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober 1989, bei dem – anders als bei dessen Einsetzung im Mai 1971 – Moskau nicht beteiligt war, ging die sowjetische Führung offenkundig davon aus, daß sich ihre Handlungsspielräume eher wieder verbreitert hätten. Zumindest die Zentristen – d.h. die systemimmanenten Reformer im Politbüro der KPdSU – hofften, die SED unter Krenz werde den Reformstau rasch auflösen, und versicherten ihn deshalb Moskauer Solidarität. Gorbatschow und Schewardnadse schienen davon überzeugt, die DDR könne sich weitere Jahre halten. Dies sollte sich als Irrtum erweisen. Zugleich waren die sowjetischen Entscheidungsträger nunmehr bereit, eine intensivere Annäherung Ostberlins an Bonn zu fördern. Was hätten sie auch sonst tun sollen, waren doch die wirtschaftlichen Mittel der UdSSR begrenzt und die Sowjetunion befand sich selbst in einer schweren ökonomischen und nationalen Krise?

Auch unmittelbar nach dem nicht bilateral abgesprochenen Mauerfall vom 9. November 1989 war es die Auffassung des Moskauer Reformflügels, der Spielraum der DDR – und damit auch der UdSSR – habe sich durch die Öffnung dieses Ventils erweitert; eine Revitalisierung der DDR, nicht aber ihr Ende, sei zu erwarten. Anders sahen es einige Traditionalisten im Partei- und Staatsapparat, aber Gorbatschow und Schewardnadse widersetzten sich ihrem Ansinnen, in Osteuropa, besonders der DDR, Gewalt anzuwenden, um insbesondere die

---

<sup>28</sup> Zitiert nach V. Falin: Konflikte..., a.a.O., S. 150. Sollte diese Warnung persönlich ausgesprochen worden sein, so muß dies am 28. Juni 1989 in Moskau erfolgt sein. In der im Bundesarchiv aufgefundenen Niederschrift dieses Arbeitstreffen ist jedoch davon nichts vermerkt. Gorbatschow hatte nach dieser Quelle sogar bekräftigt, "die DDR werde auch weiterhin stabil bleiben; sie werde ihren Weg der Erneuerung gehen in ihrem Tempo und ihren Formen". Vgl. SAPMO-BArch, DY30/J IV/2/2A/3228.

<sup>29</sup> BStU, MfS, ZIAG, B 216, Rede des Ministers zur Auswertung des 9. ZK-Plenums der SED, Bl. 54f. Vgl. auch S. Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Berlin 1998, S. 296.

<sup>30</sup> Zitiert nach den Ausführungen des Leiters der Analyseabteilung des KGB in Ostberlin, I.N. Kusmin, in einem Vortrag am 24.9.1997 im BIOst, Köln.

Mauer wieder zu schließen.<sup>31</sup> Unlängst ist darauf verwiesen worden, daß die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen aber auch deswegen nicht eingreifen konnten, weil a) das Offizierskorps bereits demoralisiert, einige höhere Offiziere korrupt gewesen seien (Verkauf modernsten Kriegsgeräts), b) das Tiflis-Syndrom um sich gegriffen habe (Abwälzen der Verantwortung von den Entscheidungsgremien auf den örtlichen Wehrdistriktskommandeur), c) das Vertrauen in Entscheidungen der Moskauer Staatsführung geschwunden sei und d) die Truppen nicht für Polizeieinsätze in der DDR vorbereitet gewesen seien.<sup>32</sup> Berücksichtigt werden muß zudem, daß alle Demonstrationen friedlich verliefen und Provokationen sowjetischer Empfindlichkeiten weitgehend ausblieben. Somit war die Würde der sowjetischen Besatzungstreitkräfte, wenn man von späteren Anschlägen auf das mit Aussagen Stalins versehene Denkmal in Berlin-Treptow einmal absieht, nicht in Frage gestellt. Die neuformierte SED-Führung war zudem nicht in der Lage, den eigenen Perestrojka-Ankündigungen in der Bevölkerung Glaubwürdigkeit und Rückhalt zu verschaffen. Vielmehr setzte sich gerade unter Egon Krenz der freie Fall der DDR fort und ließ die Handlungsoptionen der UdSSR-Diplomatie erneut schrumpfen. Andererseits sah sich Moskau nicht mehr in der Lage, dem Tandem Krenz-Modrow aus der wirtschaftlichen Not herauszuhelfen.

### 3.3 *Bonn ergreift die Initiative*

Mit dem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 ging die Initiative auf das Bonner Kanzleramt über. In einer Botschaft an Helmut Kohl zeigte Gorbatschow seine Besorgnisse über die Linie an, "die sich in der BRD gegenüber der DDR abzeichnet, darunter auch über die bekannten zehn Punkte."<sup>33</sup> Anlässlich seiner Information an die Führer der Staaten des Warschauer Vertrags am 4. Dezember 1989 über das Gipfeltreffen von Malta wies Gorbatschow darauf hin, daß von ihm besonders die Konföderationsgedanken des Bundeskanzlers gegenüber dem US-Präsidenten als "politisch unreife Doktrin" abqualifiziert worden seien. Die westeuropäischen Länder hätten bei internen Gesprächen nach Meinung des Generalsekretärs "ähnliche Auffassungen vertreten". Bush habe er empfohlen, "Kohl zu sagen, daß er von derart gefährlichen Vorschlägen Abstand nehmen soll".<sup>34</sup> In seinem Schlußwort auf der gleichen Tagung unterstützte Gorbatschow aber "breitere Beziehungen auf der Grundlage der Vertragspraxis". Die Existenz beider Staaten würde jedoch auch durch eine Verantwortungsgemeinschaft und auch die Möglichkeit einer Konföderation "nicht abgeschafft".<sup>35</sup> Immerhin schien Gorbatschow letztere Variante im Dezember nicht mehr

---

<sup>31</sup> So Schewardnadse in einem Interview mit F. Burlazkij, in: Literaturnaja gazeta, 10.4.1991; vgl. auch W. Sagladin in einem Interview mit L. Ippolito, Corriera della Sera, 8.3.1995, der die ehemaligen Sowjetbotschafter in Bonn, Falin und Kwizinskij, zu denjenigen zählt, die 1989 Moskau zur Anwendung von Gewalt in der DDR rieten. Beide haben dies mehrfach entschieden bestritten.

<sup>32</sup> Kusmin in einem Vortrag im BIOst am 24.9.1997. Vgl. auch I.N. Kuz'min: Krušenie GDR. Moskau 1996.

<sup>33</sup> Zitiert nach den Materialien des PDS-Archivs, Bestand Vorsitzender der PDS.

<sup>34</sup> Archiv beim Parteivorstand der PDS, Niederschrift über das Treffen der Repräsentanten des Warschauer Vertrages in Moskau am 4.12.1989, S. 19f.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 27f.

völlig auszuschließen. Zur Abwendung dieser Möglichkeit fiel den Moskauer Spitzenpolitikern wenig mehr ein, als zu versuchen, die zumindest für Deutschland als Ganzes bereits im Frühjahr 1948 abgelegte Option der Viermächteverantwortung wiederzubeleben. In der Tat waren die alliierten Vorbehaltsrechte wegen des fehlenden Friedensvertrages niemals aufgegeben worden, auch von den Sowjets nicht. Das Treffen Gorbatschows mit Mitterrand in Kiew Anfang Dezember 1989 und das Zusammentreten der alliierten Botschafter in der Berliner Alliierten Kommandantur am 11. Dezember zeigten jedoch an, daß zwar einige westeuropäische Staaten hinsichtlich der möglichen Wiedervereinigung Zurückhaltung übten, der sowjetische Aktionsraum aber durch das klare Übergewicht der USA einerseits und durch den Zerfall der SED-Herrschaft andererseits enger geworden war. Immerhin konnte Gorbatschow bis in das Frühjahr 1990 darauf setzen, daß die regierenden Kreise in Paris und London, nach dem Urteil von Gasteyger, anders als die vorausschauenden USA, die Wiedervereinigung als "unerwünscht" empfanden.<sup>36</sup>

Als sich Modrow am 4. Dezember 1989 am Rande des Warschauer Pakt-Gipfels mit Gorbatschow und seinem Amtskollegen Ryshkow traf, plädierte der DDR-Premier für den Erhalt zweier deutscher Staaten, die Bildung einer Konföderation und den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit Bonn. Ryshkow lehnte zu dieser Zeit noch eine Konföderation beider deutscher Staaten ausdrücklich ab, da sie nach seiner Meinung die internationale Lage destabilisieren und die DDR-Bevölkerung "wegen der großen ökonomischen Unterschiede zur BRD in eine schwierige Lage geraten" könne. Die sowjetische Seite schien selbst im Dezember, einen Monat nach Öffnung der Mauer, noch nicht begriffen zu haben, daß die DDR ohne ein gesamtdeutsches Dach selbst für kürzere Zeit nicht mehr zu halten war.<sup>37</sup> Anfang Januar, am Rande der 45. RGW-Tagung, warnte Modrow seinen sowjetischen Kollegen davor, daß der Kanzler seine Zusagen über eine Vertragsgemeinschaft, die auf Modrows Regierungserklärung vom 17. November und Kohls Reaktion am 19. Dezember in Dresden beruhte, "unterlaufen und die Termine für diesen Abschluß" auf die Zeit nach den Volkskammerwahlen verschieben wolle.<sup>38</sup>

Erstmals bei der Begegnung Schewardnadses mit DDR-Außenminister Fischer am 20. Januar 1990 hob der sowjetische Minister hervor, "der Wunsch der Deutschen nach engerer Zusammenarbeit und wenn es die Deutschen so entscheiden – staatlicher Einheit werde respektiert, wobei es sich verstehe, daß Einheit entsprechende Bedingungen voraussetzt. Für die Sowjetunion sei z.B. ein Deutschland in der NATO nicht hinnehmbar".<sup>39</sup> Den Hintergrund für diese,

---

<sup>36</sup> Vortrag von C. Gasteyger vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 6. Oktober 1997. Vgl. auch M. Thatcher: *The Downing Street Years*. London 1993; F. Mitterrand: *Über Deutschland*. Frankfurt a.M.; Leipzig 1996; wesentlich kritischer über die Politik des Präsidenten äußert sich J. Attali: *Verbatim*. Bd. III. Paris 1995.

<sup>37</sup> Vgl. Niederschrift über die Ausführungen Ryshkows gegenüber Modrow am 4.12.1989, BArch, DC 20/4973, Pag-Nr. 191f.

<sup>38</sup> Vgl. BArch, DC 20/4973; dreiseitiger Vermerk über ein Gespräch Modrows mit Ryshkow am 10.1.1990, hier S. 1.

<sup>39</sup> BArch, DC 20/4973; achtseitiger Vermerk über ein Gespräch Schewardnadses mit Fischer am 20. Januar 1990, hier S. 4. Unterstreichung im Original.

im ersten Teil der Ausführungen sensationelle Wende des sowjetischen Spitzendiplomaten, bildeten die auch von Fischer erläuterten Fakten, daß die "Ausreisen aus der DDR nicht gestoppt werden konnten" und sich der Verfall der zentralen und örtlichen Staatsorgane fortsetzte.<sup>40</sup> In die gleiche Richtung gehende Informationen hatten sowjetische Dienststellen aus der Noch-DDR-Hauptstadt übermittelt.<sup>41</sup>

#### **4. Sowjetische Instrumente und Einflußfaktoren Ende 1989/Anfang 1990**

Allerdings war die sowjetische Deutschlandpolitik bezüglich des Erhalts der Teilung Deutschlands Ende 1989/Anfang 1990 nicht bar allen Instrumentariums. Zu diesem gehörte unter anderen: 1. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten auf dem Territorium der DDR, nahezu bis zum Schluß als "Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland" figurierend; 2. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte der Siegerstaaten des II. Weltkriegs; 3. die Adaptation des Staatensystems an die Zweistaatlichkeit Deutschlands, die nach sowjetischer Auslegung des Moskauer Vertrages von 1970 und der KSZE-Schlußakte von 1975 kodifiziert schien; 4. die wechselseitigen Bindungen von UdSSR und DDR, die sich in einem originären bilateralen Staaten-, multilateralen Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbündnis niederschlugen. Die sowjetische Diplomatie verfügte daher bis zum Sommer 1990 durchaus über Einwirkungsmöglichkeiten begrenzter Reichweite, die sich zumindest zeitweise für die Verlangsamung des Prozesses der Vereinigung Deutschlands anboten. Möglicherweise hätte sie die Wiedervereinigung durch ihre Vertagung, wenn auch mit unberechenbaren Konsequenzen für Europas Zukunft, für längere Zeit verhindern können.

Als Beeinflussungsfaktoren in verschiedenen Etappen dürfen etwa gelten:

1. frühes Lancieren von begrenzten Konföderationsplänen;
2. stärkere politische Abstützung der DDR durch wiederholte Kampagnen gegen die Bundesrepublik Deutschland;
3. Setzen auf eine längere Phase europäischer und deutscher sozialökonomischer Teilung bei Aufhebung der Trennung Europas (Zwei Systeme – ein gemeinsames Haus);
4. Schüren der Besorgnisse innerhalb der politischen Klasse einiger westeuropäischer Staaten vor einer Vereinigung der Zentralmacht in der Mitte Europas;
5. Beharren auf einer internationalen Friedenskonferenz unter Teilnahme aller ehemaligen Kriegsgegner;
6. Abkoppeln der inneren von der äußeren Souveränität, Aufrechterhaltung besatzungsrechtlicher Vorbehalte und Privilegien, längere Übergangszeiten;

---

<sup>40</sup> So Fischer gegenüber Schewardnadse, a.a.O., S. 6.

<sup>41</sup> Vgl. W. Kotschemassow: Meine letzte Mission. Berlin 1994, S. 159ff.

7. offenkundige Singularisierung Deutschlands durch militärische Neutralisierung, andauernde Kontrolle des ehemals besetzten Territoriums, Denuklearisierung und diskriminierende Truppenbegrenzungen;
8. Festlegung grandioser wirtschaftlicher Kosten und andauernder Beiträge im Gegenzug für einen möglicherweise zusätzlich verzögerten Rückzug sowjetischer Truppen;
9. Verzögerung der Abrüstungsverhandlungen;
10. Demonstration militärischer Machtmittel.

In der Tat waren besonders seit 1962, nach der Kubakrise, in Europa und andernorts Bipolarität und die in ihr aufgehobene Systemteilung und Zweistaatlichkeit Deutschlands als Element des "langen Friedens" geschätzt worden.<sup>42</sup> Dennoch wurden von seiten der UdSSR-Diplomatie in der finalen Phase der Vereinigung Deutschlands im wesentlichen nur

1. das sowjetische Zustimmungsrecht zu den äußeren Aspekten der Vereinigung;
2. die Forderung nach einem Friedensvertrag oder einer Friedensakte, über Vier-plus-Zwei-zu-Zwei-plus-Vier-Verhandlungen bis zur einvernehmlichen Regelungen der Sechs;
3. lange Zeit die Verweigerung der freien militärischen Allianzwahl eingesetzt. Eine wesentliche Rolle spielte zweifellos
4. die Forderung der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftliche Kompensationen abzutrotzen. Letztere müssen weit höher bewertet werden, als die Öffentlichkeit bisher angenommen hat. Allerdings machen sie nur einen Bruchteil der Beträge aus, die bisher für die innere Einheit Deutschlands aufgewendet wurden.

Die Erfolgsaussichten für einen Teil des genannten Instrumentariums sind ohnehin spätestens seit dem Herbst 1989 zu bezweifeln. Letztlich hing alles davon ab, ob der Kreml bereit war, die militär-interventionistische Seite der Breshnew-Doktrin ein weiteres Mal anzuwenden, d.h. die außen- und innenpolitischen Maximen der von Gorbatschow proklamierten Strategie fallenzulassen. Auch ein früherer Sturz der reformistischen Moskauer Fraktion wäre durchaus möglich gewesen. Allerdings hatten sich zu dieser Zeit die antileninistische Entinstitutionalisierung, De-Ideologisierung, wie auch die Hoffnung auf die Segnungen einer moderaten Marktwirtschaft, selbst die Kapitalbildung bei der Nomenklatura der UdSSR bereits stark ausgebreitet. Darüber hinaus war das Militär – zweifellos ein Verlierer des Rückzugs aus Ostmitteleuropa – aus seiner Tradition heraus nicht in der Lage, eine Rolle als treibende Kraft des Widerstands gegen die Kreml-Führung zu spielen.

---

<sup>42</sup> Vgl. J.L. Gaddis: The Long Peace. Elements of Stability in the Postwar International System, in: *International Security*, Jg. 10, No. 4, Frühjahr 1986, S. 99-142; siehe auch A. Wenger: Der lange Weg zur Stabilität, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 46, Nr. 1, Januar 1998, S. 69-99.

## 5. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 2

### 5.1 Erste Anpassung: Freigabe der inneren Vereinigung

Ein erster Durchbruch zur Lösung der deutschen Frage erfolgte Ende Januar 1990: Nach Beratungen – übrigens nicht im Politbüro – am 26. Januar 1990 kam die einflußreichste Gruppierung in der sowjetischen Führung zur Auffassung, die innere Vereinigung Deutschlands sei nicht mehr aufzuhalten.<sup>43</sup> Dies bestätigten auch eine Lageeinschätzung des KGB-Chefs Krjutschkow und die folgenden Begegnungen mit DDR-Premier Modrow am 30. Januar sowie mit dem SED/PDS-Vorsitzenden Gysi am 2. Februar in Moskau. Der Kreml betrachtete es endlich als sinnvoll, sich an die Spitze der deutschen Vereinigung zu setzen. Es galt, der Deutschlandpolitik eine neue Struktur zu verleihen, weil sich der Vereinigungsprozeß ansonsten von sowjetischer Seite unkontrolliert fortgesetzt hätte. Darüber bestand zwischen Gorbatschow und Modrow bereits Übereinstimmung.<sup>44</sup> Da der sowjetische Reformflügel sich öffentlich verpflichtet hatte, keine Gewalt in den Staaten des äußeren Imperiums einzusetzen, wären die Rechte der Siegermacht UdSSR möglicherweise von der Realität konsumiert, die sowjetischen Truppen vermutlich ohne wesentliche Gegenleistungen Deutschlands zum Abzug gezwungen worden und ein großer Entwurf für das gemeinsame europäische Haus versagt geblieben. Gleichwohl regte sich auf der ZK-Sitzung der KPdSU zwischen dem 5. und dem 8. Februar 1990 – vor dem Hintergrund von Entwicklungen in Osteuropa – erstmals Widerstand besonders gegen die deutschlandpolitische Linie Gorbatschows. Der Generalsekretär verließ das Plenum jedoch als Sieger.

Gorbatschow, der sich bis zu diesem Zeitpunkt zumindest öffentlich keinesfalls als Vorreiter deutscher Einheit erwiesen hatte, suchte den sowjetischen Handlungsspielraum in der Begegnung mit Kohl und Genscher am 10. Februar 1990 neu zu definieren. Als der Kanzler den Kreml verließ, konnte er davon ausgehen, er habe nunmehr den Schlüssel zur inneren Vereinigung in der Tasche. Zu dieser Zeit hoffte Gorbatschow allerdings noch auf einen längeren, stufenweisen Prozeß, den er auf Seiten der DDR, damaligen Meinungsumfragen zufolge, von der Sozialdemokratie bestimmt sah.<sup>45</sup> Diese Hoffnung sollte sich jedoch am Tag der Wahlen zur letzten DDR-Volkskammer, dem 18. März 1990, als trügerisch herausstellen.

---

<sup>43</sup> Vgl. den Bericht über die Beratung bei M. Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 714f. Von dem praktisch engültigen Beschluß im engeren Kreis sei weder der Botschafter in der DDR, Kotschemassow, noch der Ende Januar nach Moskau eilende Modrow informiert gewesen, räsoniert der DDR-Expremier. Vgl. H. Modrow, a.a.O., S. 413f. Doch Schewardnades Ausführungen gegenüber Fischer vom 20. Januar hätten ihm verdeutlichen können, in welche Richtung die sowjetischen Überlegungen gingen.

<sup>44</sup> Vgl. Niederschrift über das Gespräch Modrows mit Gorbatschow am 30.1.1990, BArch, DC 20/4973, Pag.-Nr. 98-112; Siehe auch die Information über den Arbeitsbesuch in BArch, DC 20 I/3-2904, sowie G. Neugebauer; G.-R. Stephan: "Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen", in: Deutschland Archiv, Jg. 30, Nr. 6, 1997, S. 879-901.

<sup>45</sup> Vgl. Vermerk über ein Gespräch zwischen Schewardnadse und dem damaligen SPD-Vorsitzenden der DDR, I. Böhme, am 2. März 1990, BArch, DC 20/4973, Pag.-Nr. 66-72.

## 5.2 Das Problem der Restititionen

Unmittelbar vor den ersten freien Wahlen in der DDR versuchte DDR-Premier Modrow Anfang März 1990 Moskau so weit wie möglich auf die langfristige Festschreibung der seit 1945 etablierten SBZ/DDR-Wirtschaftsordnung festzulegen.<sup>46</sup> Über diesen Rettungsakt ist kürzlich Streit ausgebrochen. Irritationen verursachte Gorbatschow, als er am 1. März 1990 bei seinem Auftritt im Berliner ICC ausführte, die "Restitution des enteigneten Besitzes" sei auf der höchsten Führungsebene niemals behandelt worden. Er wisse aber, daß auf verschiedenen anderen Verhandlungsebenen "mehrfach das Thema angesprochen wurde". Im Politbüro habe man es niemals erörtert. Es sei auch kein Politbürobeschluß dazu gefaßt worden.<sup>47</sup> Offensichtlich auf Ersuchen des ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow<sup>48</sup> erklärte der russische Außenamtssprecher Tarassow: Der Grundsatz, daß die auf der Grundlage von Besatzungsrecht und Besatzungshoheit erfolgten Enteignungen nicht rückgängig gemacht werden könnten, "bleibt unverändert". Es handele sich um einen der "Eckpfeiler der Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit", die die beiden deutschen Außenminister 1990 in Briefen an ihre vier Amtskollegen dargelegt hätten. Diese Briefe seien Bestandteil des abschließenden Vertrages über Deutschland gewesen.<sup>49</sup> Weitere Korrekturen an Gorbatschows Darstellung folgten.

Tatsächlich findet sich unter den zehn Artikeln des multilateralen "Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" vom 12. September 1990 keiner, der das Problem anspricht. Auch im 22 Artikel umfassenden Nachbarschaftsvertrag vom 9. November 1990 ist kein entsprechender Paragraph eingearbeitet worden.<sup>50</sup> Möglicherweise hat Gorbatschow dies, wie er behauptet, persönlich auch niemals "auf höchster Ebene" gefordert. Gleichwohl wurde in einem Brief der deutschen Seiten an die Außenminister der vier Mächte "im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages" die gemeinsame Erklärung der Regierungen beider deutscher Staaten zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 ausdrücklich aufgenommen. In dem Text heißt es:

Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen

---

<sup>46</sup> In einem Regierungsbeschluß, der sowohl Gorbatschow wie auch Kohl zugestellt wurde, wird festgestellt, die in der DDR herrschenden Eigentumsverhältnisse dürften nicht infrage gestellt werden. Ausdrücklich wird dabei auf die Erhaltung der Bodenreform eingegangen. Vgl. BArch, DC 20 I/3-2922.

<sup>47</sup> Gorbatschow in Berlin: "Das Thema Restitution des enteigneten Besitzes wurde auf der höchsten Führungsebene niemals angesprochen. Es ist absurd, wenn man mir unterstellt, ich hätte diese Forderung nach dem Verbot der Restitution als Vorbedingung für meine Zustimmung zur Wiedervereinigung gefordert." Text der Rede in FAZ, 17.3.1990, S. 9-10, hier S. 10.

<sup>48</sup> Der Offene Brief Modrows an Gorbatschow mit der Bitte um Klarstellung, in: Sovetskaja Rossija, einem Sprachrohr der KPRF, 10.3.1990, S. 3.

<sup>49</sup> Zitiert nach ITAR-TASS, russ. 3.5.1990. Modrow kündigte in einem Interview an, sich an die Regierung Rußlands zu wenden. Vgl. Interview mit C. Dümde, in: Neues Deutschland, 3.3.1990, S. 2.

<sup>50</sup> Vertrag vom 12. September 1990, in: Europa-Archiv, No 19, 1990, S. D 509-512. Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UdSSR vom 9. November 1990, abgedruckt in: Europa-Archiv, Nr. 31, 1991, S. D 85-90; auch bei Kaiser, a.a.O., S. 260-267, 334-342.

zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.<sup>51</sup>

Den Außenministern der Siegermächte wurde mitgeteilt, daß diese "Gemeinsame Erklärung" nach Artikel 41, Abs. 1 Bestandteil des Einigungsvertrages beider deutscher Staaten vom 31. August 1990 sei und die BRD keine Rechtsvorschriften erlassen werde, die ihr widersprechen. Damit waren die in der SBZ unter sowjetischer Aufsicht erfolgten Enteignungen am Ende des Zwei-plus-Vier-Prozesses festgeschrieben und zu dessen Bestandteil gemacht. Zu klären wäre, ob sie beim Verhandlungsprozeß selbst eine wesentliche Rolle spielten. Ausweislich der vorliegenden Dokumente forderte der sowjetische Außenminister bereits bei der ersten Sitzung am 5. Mai 1990 in Bonn recht eindeutig: "Deutschland darf natürlich die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen und Beschlüsse, die von den vier Mächten in den Besatzungszonen angenommen wurden, nicht revidieren oder in Frage stellen."<sup>52</sup> Die auf dem folgenden Zwei-plus-Vier-Treffen am 22. Juni 1990 von Schewardnadse vorgelegten Grundprinzipien für eine abschließende Regelung formulieren spezifischer unter Ziffer 4: "Das vereinte Deutschland wird die Legitimität jener Maßnahmen und Verfügungen anerkennen, die von den vier Mächten gemeinsam oder in jeder ihrer ehemaligen Besatzungszonen hinsichtlich der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung und der Demokratisierung getroffen wurden. Die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse, einschließlich der Vermögens- und Bodenfragen, wird einer Überprüfung bzw. Revision durch deutsche Gerichte bzw. durch andere Staatsorgane nicht unterliegen."<sup>53</sup> Während des dritten Treffens der "Sechs" scheint diese Frage nicht mehr erörtert worden zu sein.

Mit besonderer Verve hatten sich PDS-Vorsitzender Gysi bei seiner Begegnung mit Gorbatschow am 2. Februar 1990 in Moskau und am 1. März DDR-Premier Modrow in einer Regierungserklärung dafür eingesetzt, die zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen auf Dauer festzuschreiben. Die Ostberliner Position war am 2. März 1990 Gorbatschow und Kohl übermittelt worden.<sup>54</sup> Unter Punkt 7 der Vorbereitungsunterlagen für den folgenden Modrow-Besuch in Moskau Anfang März hatten dessen engste Mitarbeiter aufgeschrieben: "Bitten UdSSR erneut um Unterstützung bei der Wahrung der Eigentumsverhältnisse in der DDR während des Vereinigungsprozesses".<sup>55</sup> Gorbatschow zeigte sich jedoch bei seinen Zusammenkünften mit DDR-Politikern an der Angelegenheit wenig interessiert: Er fragte z.B. Gysi nur allgemein nach der "Position der Bauern".<sup>56</sup> Gegenüber Modrow nahm er zu

---

<sup>51</sup> Europa-Archiv, Nr. 19, 1990, S. D 513. Die vollständige Erklärung beider deutscher Regierungen vom 15. Juni 1990, in: Neues Deutschland, 16.6.1990; auch bei Kaiser, a.a.O., S. 268-271.

<sup>52</sup> Zitiert nach den Handakten des MfAA der DDR, Rede des Außenministers der UdSSR am 5.5.1990, S. 7.

<sup>53</sup> Aus den Darlegungen des Außenministers der UdSSR während des Zwei-plus-Vier-Treffens am 22. Juni 1990 in Berlin zu den Grundprinzipien für eine abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland, in: Handakten des MfAA der DDR, Abteilung Information, 117/VI, 22. 6.1990, S. 3f.

<sup>54</sup> BArch, DC 20/4973, Bl. 80-86, mit Bitte um Sicherung der Eigentumsordnung der DDR.

<sup>55</sup> BArch, DC 20/4973, Pag.-Nr. 23.

<sup>56</sup> Parteivorstand der PDS/Archiv, Niederschrift über Gespräch von G. Gysi mit Gorbatschow am 2.2.1990.

diesem Fragenkreis in zwei Begegnungen am 6. März 1990 überhaupt nicht Stellung. Dennoch heißt es nach einem im Bundesarchiv aufzufindenden Bericht, die sowjetische Seite habe "ihre Unterstützung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in der DDR zu[gesagt]".<sup>57</sup> Tatsächlich ließ sich die sowjetische Regierung erst Ende März 1990 – Modrow und die PDS waren bereits aus der Regierungsverantwortung abgewählt worden – in einer offiziellen Erklärung eindeutig wie folgt vernehmen:

In Übereinstimmung mit den Zielen der Potsdamer Konferenz, mit Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration und auf Forderung der werktätigen Bauernmassen wurde 1945 von den Behörden der Länder Ostdeutschlands die Bodenreform durchgeführt. [...] Völlig unannehmbar wären Versuche, wenn es solche gäbe, die Rechte der heutigen Eigentümer an Boden und anderem Eigentum in der DDR zu bestreiten... Die sowjetische Regierung teilt in dieser Frage den Standpunkt der Regierung der DDR hinsichtlich einer strengen Einhaltung der Rechtsordnung und des Schutzes der sozialökonomischen Rechte und Interessen von Millionen Menschen in der DDR.<sup>58</sup>

Am 21. März 1998 erinnerten der ehemalige sowjetische Ministerratsvorsitzende Ryshkow und der frühere Vorsitzende des Obersten Sowjet Lukjanow daran, daß die oben zitierte Regierungserklärung vom 27. März 1990 "s vedoma i soglasija [mit Wissen und Einverständnis] des Politbüros des ZK der KPdSU und des Präsidenten" verabschiedet worden sei.<sup>59</sup> Ob sich dies tatsächlich so verhielt, muß offen bleiben.

Man darf aber wohl davon ausgehen, daß die deutsche Seite die sowjetischen Äußerungen als konditionierenden Bestandteil des Einigungsprozesses ansehen mußte. Ministerpräsident de Maiziere erklärte darüber hinaus, Gorbatschow habe bei seiner Begegnung mit ihm am 29. April 1990 deutlich gemacht, die sowjetische Seite habe nicht gewollt, daß ihre Handlungen, die sie als Besatzungsmacht durchgeführt hätte, "einer deutschen Überprüfung unterworfen werden."<sup>60</sup> Augenscheinlich konnte sich de Maiziere nicht auf Aufzeichnungen über dieses Gespräch mit Gorbatschow stützen. Jedenfalls mußte er seine beiden Schriftführer dazu befragen. Nach de Maizieres Zeugnis bekundeten diese allerdings nur, sie seien sich "absolut sicher, daß die Frage der Eigentumsverhältnisse diskutiert" wurde.<sup>61</sup>

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Initiative zur Fixierung der Enteignungen ist von ostdeutscher Seite ausgegangen. Sie ist aber eindeutig vor und während des Zwei-plus-Vier-Prozesses von sowjetischer Seite aufgegriffen und kraftvoll unterstützt worden. Gorbatschow hat sich dagegen neutral verhalten. Da er diese Problematik möglicherweise ohnehin als erledigt erachtete, standen für ihn andere Fragen im Vordergrund. Allerdings führte der hier geschilderte Ablauf im Kontext der Konzeption, die deutsche Einheit rasch zu bewerkstelligen,

---

<sup>57</sup> Bericht über den Besuch, in: BArch, DC 20, I/3-2926; Niederschrift über das Gespräch Modrows mit Gorbatschow am 6. März 1990 in Moskau, in: Archiv beim Parteivorstand der PDS; weitere Vermerke über Treffen mit Gorbatschow und Ryshkow, in: BArch, DC 20, I/3-2926, Bl. 65-83.

<sup>58</sup> Izvestija, 28.3.1990, S. 4.

<sup>59</sup> Sovetskaja Rossija, 21.3.1998, S. 1.

<sup>60</sup> "Gorbatschow sagt die Unwahrheit", in: Der Spiegel, Nr. 11 vom 9.4.1998, S. 72.

<sup>61</sup> Spiegel-Interview, a.a.O.

zu der oben erwähnten "Gemeinsamen Erklärung" beider deutscher Regierungen, die als Teil des Paktes des Zwei-plus-Vier-Prozesses angesehen werden kann.

## **6. Restrukturierung der Deutschlandpolitik – Phase 3**

### **6.1 Schwieriger Anlauf zur Regelung der äußeren Aspekte**

Es war keineswegs so, daß die sowjetische Diplomatie sich zahnlos gezeigt hatte. In der Tat lassen sich in der Zeit zwischen März und Juli 1990 hinhaltende und abwiegelnde Signale aus Moskau aufzeigen, die auf eine innenpolitisch bedingte Verengung des Handlungsspielraums hindeuteten. Gorbatschow schien seine Versprechungen gegenüber dem Kanzler vom Februar 1990 nicht einhalten zu wollen oder zu können. Tatsächlich testete Moskau erfolglos verschiedene Optionen bezüglich des internationalen Status Deutschlands. Im Vordergrund standen Forderungen nach einem Friedensvertrag, die Teilnahme auch weiterer Staaten bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, Neutralisierung Deutschlands, Zugehörigkeit zu beiden Bündnissen, langfristiger Verbleib sowjetischer Truppen in Deutschland, Verbot des Beitritts der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes usw. Die meisten dieser Vorschläge stammten aus dem ZK-Apparat bzw. aus der III. Europäischen Abteilung des Außenministeriums und wurden am 3. Mai 1990 im KPdSU-Politbüro diskutiert. Sie gingen in Papiere des Außenministers für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn und Berlin ein, allerdings ohne sonderlich Wirkung zu zeigen.

Beim Modrow-Besuch Anfang März 1990 hatte sich Gorbatschow deutlich nur für den "allmählichen und schrittweisen" Prozeß der Vereinigung ausgesprochen, der mit "allen anderen Staaten zu harmonisieren" sei. Ryshkow bestand zusätzlich darauf, daß die UdSSR in jedem Falle die dringend benötigten Lieferungen aus der DDR auch in Zukunft erhalte: "Das sollte weder durch die Einführung der DM in der DDR noch durch Verrechnungen in konvertierbarer Währung zwischen unseren Ländern kaputt gemacht werden."<sup>62</sup> Um die sowjetische Position beim ersten Treffen der Politischen Direktoren der Sechs Staaten (Zwei-plus-Vier) am 14. März 1990 in Bonn und unmittelbar vor den vorgezogenen Wahlen zur Volkskammer festzuklopfen, erklärte die sowjetische Regierung die Anwendung des Artikel 23 GG bei der Vereinigung für "unrechtmäßig und inakzeptabel". CDU/CSU-Politiker seien auf "Usurpation eines deutschen Staates durch den anderen aus". Dies würde den westdeutschen Steuerzahlern "keine geringen Opfer abverlangen".<sup>63</sup> Die Anwendung des Artikels 23 sei eine Frage von schicksalsträchtiger Bedeutung für ganz Europa, die nicht auf Grund der BRD-Verfassung gelöst werden solle. Sie könne "nicht allein das Werk der Deutschen sein". Da war sie wieder, die widersprüchliche Haltung der Sowjetdiplomatie, die dem historischen Fluß widerstehen wollte – vielleicht nur um ihre Verhandlungsposition vorübergehend zu stabilisieren oder weil die Rekonstruktion der Deutschlandpolitik einfach zu belastet war.

---

<sup>62</sup> Vermerk über Gespräch Modrows mit Ryshkow, Anlage 2 der Gespräche Modrows, BArch, DC 20 I/3-2926.

<sup>63</sup> Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 14. März 1990, Dokumente der sowjetischen Botschaft Bonn, Nowosti, No. 12, 15.3.1990.

Der Einwirkungsspielraum der Traditionalisten, die im Frühjahr auf Gorbatschow zunehmend Einfluß genommen hatten, wurde jedoch erneut durch Entwicklungen in der DDR (Volkskammerwahl; Regierung der Großen Koalition ohne PDS) und durch die entsetzliche wirtschaftliche Not in der UdSSR immer geringer. Ein tragfähiges Konzept schienen sie nicht anbieten zu können. Personell hatten sie kaum eine Alternative. Wie auch bei späteren Gelegenheiten erwies sich dennoch Gorbatschows diplomatische Taktik, erst ein überraschendes Zugeständnis zu gewähren und dann, falls der Spielraum ausreichte, den Kontrahenten nachträglich Zugeständnisse abzufordern – völlig im Gegensatz zur Linie früherer sowjetischer Chefunterhändler – als schwer berechenbar. Übrigens auch deswegen, weil sich Gorbatschow zwischen zwei Fraktionen gestellt sah: Einerseits begann sich der sowjetische Außenminister von den Vertretern der zentristischen und erst recht von der orthodoxen Linie abzulösen. Andererseits setzte die Mehrheit im Politbüro, beraten von den traditionalistischen außenpolitischen Experten, auf größtmögliche Wahrung sowjetischer Interessen im Sinne der Realpolitik. ZK-Abteilungsleiter Falin wies Gorbatschow beispielsweise darauf hin, daß die Aufgabe des Sozialismus in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn für die UdSSR relativ unerheblich sei. Die DDR wäre jedoch die "Verteidigungslinie, die die Gefahren für die nationale Sicherheit der UdSSR, die von der amerikanischen Militärpolitik ausgehen, nivelliert". Die BRD betreibe eine Politik, sich die DDR einzuverleiben und "eine Situation zu schaffen, in der uns selbst der einseitige Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland als die 'optimale Lösung' erscheint". Wegen der strategischen Lage Westdeutschlands für die USA und die NATO gingen die drei Westmächte am Gängelband Bonns. Man solle dem entgegenwirken und die "Errichtung eines neutralen, demokratischen, im Grunde genommen entmilitarisierten Deutschlands" vorschlagen. Falin forderte dazu auf, den "Sozialdemokratismus in der DDR zu fördern, denn im Unterschied zur CDU ist den Sozialdemokraten eine deutsche Neutralisierung nicht fremd". Bei dem nächsten Treffen mit Kohl solle man Klartext reden, ihn zu klaren Verpflichtungen zwingen oder ihm das "Banner fortnehmen, mit dem er die Bundestagswahlen im Dezember (1990) gewinnen will".<sup>64</sup> In einem weiteren Memorandum vom 18. April 1990 lotete Falin die Spielräume der UdSSR-Diplomatie aus. Seiner Meinung nach sei die sowjetische Europapolitik in eine Depression geraten. Der Westen versuche, "unser Land Schritt für Schritt vom 'traditionellen Europa' abzudrängen". Er forderte die sowjetische Diplomatie dazu auf, die Warnung auszusprechen, "daß die Einverleibung der DDR in die BRD nach Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes als Aggression eines NATO-Staates gegen einen Staat des Warschauer Vertrages und als Verletzung grundlegender Rechte der Sowjetunion betrachtet wird". Man solle erklären, daß "ohne Friedensvertrag unsere Rechte als Siegermacht in vollem Umfang erhalten bleiben". Die UdSSR müsse in Berlin Flagge zeigen und vielleicht angesichts der Lähmung der Staatsorgane der DDR "die sowjetische Militäradministration in Ostberlin (natürlich 'zeitweilig') etwa zu den Bedingungen wiederherstellen, die für die entsprechenden Organe in den Westsektoren gel-

---

<sup>64</sup> Vgl. Falins Memorandum an Gorbatschow vom März 1990, abgedruckt in V. Falin: Konflikte..., a.a.O., S. 314-316.

ten".<sup>65</sup> In der Ostberliner Botschaft der UdSSR soll Falin am 18. Mai 1990 sogar anlässlich der Delegiertenwahlen zum XXVIII. Parteikongreß darüber sinniert haben, nötigenfalls den Einsatz von zwei Millionen sowjetischer Soldaten zu erwägen, um den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland und die Ausdehnung der NATO auf Ostdeutschland zu verhindern.<sup>66</sup>

Auf der KPdSU-Politbürositzung am 3. Mai 1990, unmittelbar vor dem ersten Zwei-plus-Vier-Ministertreffen in Bonn, wurde Schewardnadse von der Mehrheit der Anwesenden und dem erregten Gorbatschow auf eine resolute Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland festgelegt. Die Grundidee, mit der Schewardnadse in die ersten Verhandlungen am 5. Mai 1990 gehen mußte, war, die innere Vereinigung von der äußeren abzukoppeln, sich mittelfristig Einmischungsrechte im vereinigten Deutschland zu sichern und die äußere Souveränität Deutschlands über längere Zeit in der Schwebe zu lassen. Selbst nach der Schaffung eines einheitlichen deutschen Parlaments und einer Regierung sollten für "einige Jahre sicherlich noch gewisse Maßnahmen wirksam werden, die mit der Lösung der äußeren Aspekte der Regelung in Zusammenhang stehen". Diese Linie mußte zwangsläufig dazu führen, daß sich die UdSSR erneut isolierte hätte, ließen doch die Westmächte durchblicken, sie seien bereit, gegebenenfalls ihre Deutschland betreffenden Verantwortlichkeiten einseitig aufzugeben. Da sich in der UdSSR überdies eine schwere Devisenkrise abzeichnete, hatte Schewardnadse noch einen Tag vor Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn um großzügige finanzielle Unterstützung der Perestrojka nachgesucht – gedacht war dabei an einen ungebundenen Kredit von zwanzig Mrd. DM. Das war für den Außenminister nicht gerade eine glückliche Ausgangsposition. Deutsche Zusagen waren aber um so wichtiger, als sich US-Präsident Bush auch wegen des von Moskaus Institutionen getragenen militärischen Eingreifens im Baltikum sowjetischen Finanzierungswünschen gegenüber spröde zeigte.<sup>67</sup> Am 14. Mai eilten Teltschik und zwei Vorstandssprecher deutscher Banken in die sowjetische Hauptstadt. Wenige Tage danach bot der Kanzler einen ungebundenen Kredit von fünf Mrd. DM an.<sup>68</sup> Zu dieser Zeit war man in Bonn bereits überzeugt, Moskau werde auf der Grundlage des Neun-Punkte-Plans von US-Außenminister Baker der NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in einem grundlegend gewandelten Europa zustimmen. Gleichwohl setzte sich der sowjetische Chefdiplomat bei seiner Begegnung mit Genscher am 23. Mai in der UN-Mission der Sowjets in Genf für eine Übergangszeit ein, in der Deutschland beiden Militärbündnissen angehören sollte. Als Ausweg aus der verfahrenen Situation bot Schewardnadse einen Vertrag zwischen NATO und Warschauer Vertrag an, "mit dem eine Assoziierung, eine Zusammenarbeit oder ähnliches

---

<sup>65</sup> V. Falin: Konflikte..., a.a.O., S. 164-178, bes. S. 172ff.

<sup>66</sup> Nach Information des sowjetischen Gesandten an der sowjetischen Botschaft, Igor F. Maximytschew. Am gleichen Tag war Falin auch mit dem Vorsitzenden der PDS, Gysi, in Berlin zusammengetroffen.

<sup>67</sup> Vgl. S. Bierling: Wirtschaftshilfe für Moskau. Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA (1990-1996), in: Zeitschrift für Politik, Jg. 44, Nr. 4, 1997, S. 451ff.

<sup>68</sup> H. Teltschik: 329 Tage. Berlin 1991, S. 230ff.

vereinbart werde".<sup>69</sup> Die Begegnung mit Mitterrand am 25. Mai zeigte Gorbatschow jedoch, daß auch der französische Präsident sich für die deutsche NATO-Mitgliedschaft einsetzte.<sup>70</sup> Die feste Position der Bundesregierung, die europäische Integration auch weiter kraftvoll zu fördern, das vereinte Deutschland in der NATO zu belassen, war schon auf einem Sondergipfel des europäischen Rates in Dublin am 28. April 1990 von den europäischen Staats- und Regierungschefs ausdrücklich gewürdigt worden.

Als Gorbatschow Ende Mai 1990 in die USA flog, standen für ihn amerikanische Wirtschaftshilfe und ein Handelsabkommen im Vordergrund. Unter dem Druck der auf ihn lastenden Probleme und ohne Abstimmung mit dem Politbüro der KPdSU oder seinen anwesenden Delegationsmitgliedern konzidierte er dem US-Präsidenten, Deutschland könne seine Bündniszugehörigkeit selbst bestimmen. Bush hatte auf die Fortgeltung der KSZE-Schlußakte und die darin enthaltene Wahlfreiheit verwiesen und damit Gorbatschows Achillesferse getroffen. Tschernjajew kommentierte 1993, mit dieser Washingtoner Gipfelkonferenz sei die Frage, ob das vereinte Deutschland in der NATO sein könne, positiv beschieden worden.<sup>71</sup> Dennoch vertrat Gorbatschow auf dem Gipfeltreffen des Warschauer Vertrages am 7. Juni 1990 unverdrossen die Position, die Sicherheit des vereinigten Deutschland solle "auf zwei Stützpfeilern, dem Westen und dem Osten", beruhen. Als "vorläufige Überlegung könnte das irgendeine Form der assoziierten Mitgliedschaft in den zwei Blöcken sein, solange sie bestehen."<sup>72</sup> Als Kompromiß bot er an, ein vereinigtes Deutschland müsse für eine Übergangsperiode die von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR übernommenen Verpflichtungen einhalten, in der die Bundeswehr der NATO und die "Streitkräfte der DDR der Regierung des neuen Deutschland untergeordnet sind. Gleichzeitig würden auf dem Territorium der heutigen DDR die sowjetischen Truppen verbleiben".<sup>73</sup> Über seinen in Washington angedeuteten Sinneswandel bezüglich der Freiheit der Bündniswahl schwieg sich Gorbatschow vor den osteuropäischen Bündnispartnern, die zu diesem Zeitpunkt bereits zum Teil ein in der NATO verankertes Deutschland vorzogen, aus.

Eine nach dem Zeugnis des ehemaligen deutschen Außenamtschefs Genscher wesentliche Annäherung erzielten er und sein sowjetischer Amtskollege bei ihrer sehr persönlich gehaltenen Begegnung in Brest am 11. Juni 1990.<sup>74</sup> Schewardnadse ließ durchblicken, eine NATO-Mitgliedschaft im deutschen Sinne sei erreichbar, sofern es gelang, ein neues Verhältnis zwischen den Bündnissen zu schaffen. Eine Woche später, am Rande des erneuten

---

<sup>69</sup> Siehe hierzu H.-D. Genscher: *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 786ff. Baker trug in Moskau vom 15.-19. Mai 1990 das später in Turnberry und London angenommene Konzept vor. Vgl. J.A. Baker: *The Politics of Diplomacy*. New York 1995, S. 247ff.

<sup>70</sup> Mitterrand im Zentralen Sowjetischen Fernsehen, 25.5.1990, Hinweis bei Biermann 1997, S. 589f, Anm. 693.

<sup>71</sup> Tschernjajew im Interview mit dem Autor vom Mai 1993 im Gorbatschow-Fonds, Moskau.

<sup>72</sup> Rede Gorbatschows vor der Tagung des Warschauer Vertrages am 7. Juni 1990, in: BArch, DC 20 I/3-300, Blatt 100.

<sup>73</sup> Ebenda, Blatt 101.

<sup>74</sup> Schewardnadses Bruder war in Brest, einundzwanzig Jahre alt, in den ersten Kriegstagen des Jahres 1941 gefallen und beigesetzt worden. Vgl. zu den Brest-Gesprächen H.-D. Genscher, a.a.O., S. 805ff.

Treffens am 18. Juni 1990, ließ Schewardnadse seinen Gehilfen Sergej Tarassenko sogar gegenüber Genschers Bürochef Elbe ausrichten, die von seinem Minister auf dem folgenden Zwei-plus-Vier-Treffen vorzutragende Maximalposition müsse nicht mehr zum Nennwert genommen werden.<sup>75</sup>

Die von Schewardnadse am 22. Juni 1990 in Berlin referierten Grundprinzipien enthielten dennoch die von seinem Stellvertreter Kwizinskij auf der Basis einer Politbürodirektive ausgearbeitete Linie:

Zum einen sollten internationale Abkommen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR für weitere fünf Jahre in Kraft bleiben. Des weiteren durften von deutschem Boden weder allein noch durch abgeschlossene multilaterale Bündnisse jemals militärische Handlungen ausgehen, es sei denn in Fällen der Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung. Drittens sollte die Gesamtzahl deutscher Truppen insgesamt 200.000 bis 250.000 Mann nicht übersteigen. Viertens sollte die faktische Teilung Deutschlands auf blockpolitischem Gebiet vorerst nicht verändert werden. Fünftens sollten nach Ablauf einer Reduzierungsfrist für die Bundeswehr (d.h. nach drei Jahren) die in Deutschland stationierten Verbände der Vier Mächte nur um 50 Prozent, nach weiteren Schritten und Verhandlungen auf immerhin symbolische Stärken vermindert werden. Sechstens sollten Bundeswehr und Volksarmee bis zur Auflösung der beiden Militärallianzen oder dem Austritt Deutschlands aus diesen Bündnissen bestehen bleiben und innerdeutsche Linien nicht überschreiten dürfen. Und schließlich siebentens sollte 21 Monate nach einer gesamtdeutschen Parlamentswahl und Regierungsbildung eine Konferenz der Außenminister die Gesamtsituation der Realisierung dieser Bedingungen prüfen.<sup>76</sup> Tarassenko bedeutete dem erbosten amerikanischen Delegationsmitglied Dennis Ross hinter vorgehaltener Hand, er sei bereits von seinem Minister beauftragt worden, neue Vorschläge für die Zeit nach dem 15. Juli, dem Ende des XXVIII. Parteikongresses, zu entwerfen. In der Residenz des sowjetischen Botschafters in Berlin wertete Schewardnadse sogar gegenüber seinem US-Amtskollegen Baker die Rede als lediglich der innenpolitischen Lage geschuldet, restlos ab.<sup>77</sup> Der sowjetische Außenminister erklärte faktisch den folgenden Parteitag zur Wasserscheide, machte aber dessen Erfolg auf außenpolitischem Gebiet erneut von westlichen Zugeständnissen, besonders vom künftigen Londoner NATO-Gipfel, abhängig.<sup>78</sup>

Nach wie vor aber orientierte sich die 3. europäische Abteilung bei ihren Papieren für Außenminister und Präsidenten an den Vorstellungen des stellvertretenden Außenministers Kwizinskij. Auch die Internationale Abteilung des ZK ließ sich unbeirrt vernehmen, eine deutsche

---

<sup>75</sup> R. Kiessler/F. Elbe: Ein runder Tische mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993, S.159.

<sup>76</sup> Aus den Darlegungen des Außenministers der UdSSR während des Zwei-plus-Vier-Treffens am 22. Juni in Berlin zu den Grundprinzipien für eine abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland, in: Handakten des MfAA der DDR, Unterabteilung Information, 117/VI vom 26.6.1990.

<sup>77</sup> J.A. Baker: The Politics..., a.a.O., S. 256f.

<sup>78</sup> Zelikow und Rice formulieren: "The Soviet foreign minister had virtually put the fate of German unification within the alliance in the alliance's own hands." Vgl. P. Zelikow/C. Rice: Germany Unified and Europe Transformed. Cambridge, Mass, London 1995, S. 304.

NATO-Mitgliedschaft sei "absolut unannehmbar." Ähnlich äußerte sich auch Generalstabschef Moissejew.<sup>79</sup> Selbst Gorbatschow schien bis in die zweite Hälfte des Juni 1990 zu schwanken. Nach dem Urteil Falins stand er im Herbst 1989 und im ersten Halbjahr 1990 den "Konservativen" näher als dem "Liberalen" Eduard Schewardnadse.<sup>80</sup> Der ZK-Abteilungsleiter, der auf dem Parteikongreß sogar zum Sekretär des Zentralkomitees aufsteigen sollte, jedoch von der Durchführung des Gorbatschow-Kohl-Treffens im Juli 1990 ausgeschlossen war, warnte den Präsidenten weiterhin vor den Konsequenzen einer Akzeptanz des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 Grundgesetz und vor der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands. In einem Memorandum vom 9. Juli 1990 an Gorbatschow bezeichnete er ein hartes Gespräch mit dem Kanzler als die einzige Chance, um hinsichtlich der Position der BRD "noch Reserven [zum Nachgeben, F.O.] zu erschließen". Er forderte in seinem schriftlichen Appell an den Generalsekretär, dieser müsse dem Kanzler klarmachen, daß eine Herausforderung der sowjetischen Interessen, eine "schwere Krise in Europa, ja sogar einen Konflikt heraufbeschwören" werde. Man solle dem Westdeutschen damit drohen, daß im Falle der Selbstauflösung der DDR die UdSSR, die "die originären Rechte besitzt, die entsprechende Verantwortung übernehmen" werde.<sup>81</sup>

## **6.2 Abschließende Erneuerung der Deutschlandpolitik**

Anfang Juli 1990 war die Wirtschafts- und Währungsunion der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland realisiert worden. Es war in der Tat absehbar, daß sich der Druck aus Ostdeutschland auf einen schnellen Beitritt zur Bundesrepublik sogar eher verstärken werde. Gorbatschow und Schewardnadse mußten dies in Rechnung stellen. Kurz zuvor, Ende Juni, hatte die sowjetische Seite mit DDR-Staatssekretär Krause intensive Gespräche darüber geführt, wie für die sowjetische Wirtschaft Schaden aus der Währungsunion abgewendet werden könnte.<sup>82</sup> So ging es u.a. darum, die Versorgung der sowjetischen Streitkräfte zu einem akzeptablen Umrechnungskurs zu sichern. Bisher galt hinsichtlich der Westgruppe sowjetischer Truppen ein spezieller Koeffizient von 5,50 Mark für einen Rubel, jetzt wurde ein Umrechnungskoeffizient von 2,75 DM für einen Rubel festgelegt. In Absprache mit Bonn sicherte die de Maiziere-Regierung die Subventionierung der WGT in DM zu. Damit war ein wichtiger Stolperstein beseitigt worden.

Die positiven Signale des NATO-Gipfels von London (5./6.7.1990), weniger intensiv des EU-Gipfels (25.6.1990) und des G7-Gipfels in Houston (9.-11.6.1990), stärkten weiter Gorbatschows Anpassungsbereitschaft. Bush und Kohl hatten sich besonders für eine Entfeindung

---

<sup>79</sup> Interview Portugalows, in: Bild-Zeitung, 2.7.1990; Interview Moissejews, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 14.7.1990.

<sup>80</sup> V. Falin: Konflikte..., a.a.O., S. 190.

<sup>81</sup> Memorandum vom 9. Juli 1990, abgedruckt in V. Falin, Konflikte..., a.a.O., S. 194.

<sup>82</sup> So Ryshkow im Gespräch mit DDR-Staatssekretär Krause am 26. Juni 1990, in: BArch, DC 20/6034. Krause hatte nach Rücksprache in Bonn 1,4 Mrd. DM offeriert. Vgl. Der Spiegel, Nr. 42, 16.3.1990, S. 167.

der Bündnisse eingesetzt und die Atomwaffen zu Mitteln des "letzten Rückgriffs" erklärt.<sup>83</sup> Die westlichen Regierungschefs begruben damit die bisher gültige Strategie der "flexible response".<sup>84</sup> Hinsichtlich der ökonomischen Unterstützung war jedoch nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion immer mehr auf die Bundesrepublik angewiesen war. Während des Weltwirtschaftsgipfels hatte man den IWF lediglich aufgefordert, eine Studie über den Zustand der sowjetischen Ökonomie anzufertigen und erklärt, erst danach in der Lage zu sein, sich gegebenenfalls positiv zu entscheiden.

Der Parteitag der KPdSU vom 2. bis 14. Juli bestätigte die taktische Meisterschaft Gorbatschows. Im schon zuvor gesäuberten ZK hatten sich dennoch zwei Drittel der ZK-Mitglieder zu Gegnern Gorbatschows entwickelt.<sup>85</sup> Den Orthodoxen und traditionalistischen Realpolitikern unter den Delegierten war es trotz angemeldeter Kritik nicht mehr vergönnt, eine Revision der neueren Deutschlandpolitik durchzusetzen. Der eingeübte "Blick nach oben", Parteidisziplin und Opportunismus verhinderten zu dieser Zeit noch einen regelrechten Putsch gegen Gorbatschow. Alle Schuld am Verlust der sozialistischen Gemeinschaft wurde vielmehr auf Schewardnadse abgewälzt, der seine Kritiker wiederum schon zuvor als "McCarthyisten" gebrandmarkt hatte.<sup>86</sup> Der Präsident und bestätigte Generalsekretär gewann durch ein völlig umgestaltetes und bedeutungsschwaches Politbüro, das außer ihm keinen weiteren Vertreter der zentralen Staatsexekutive mehr enthielt, sogar eher noch größeren Handlungsspielraum. Damit war der Weg frei für den sensationellen Kompromiß von Moskau und Archys.

In einem allerletzten Versuch, Gorbatschow umzustimmen, warnte Falin seinen obersten Dienstherrn telefonisch, alle moralischen und politischen Kosten des "Anschlusses" würden auf die Sowjetunion und ihre "Kreatur", die DDR abgewälzt. Das wenigste, worauf bis zum Schluß bestanden werden müsse, sei die Nichtbeteiligung Deutschlands an einer Militärorganisation, ähnlich im Status wie Frankreich. Die allerletzte Position sei die der "Nichtstationierung von Nuklearwaffen" auf gesamtdeutschem Territorium. Und zum Schluß forderte Falin den Präsidenten auf, alle Fragen, die sowjetisches Eigentum, insbesondere in der DDR, aber offensichtlich nicht nur dort, betrafen, bis zur Unterzeichnung der politischen Entscheidungen regeln zu lassen. Gorbatschow versicherte: "Ich werde tun, was ich tun kann. Nur fürchte ich, daß der Zug schon abgefahren ist."<sup>87</sup>

Bei der unmittelbaren Vorbereitung für den Kohl-Besuch in der UdSSR wollte sich Gorbatschow jedoch nicht mehr von Querschüssen stören lassen. So beschränkte er den Kreis bei der Entscheidungsfindung auf den Außenminister, auf seine engen Berater Tschernjajew und Sagladin, möglicherweise wurden auch Jakowlew und Schachnasarow zu Teilen der vorberei-

---

<sup>83</sup> H. Teltschik: 329 Tage. Berlin 1991, S. 301ff.; die abweichende Position der Briten bei M. Thatcher, a.a.O., S. 1120ff.

<sup>84</sup> Europa-Archiv, 17, 1990, SD 456-460.

<sup>85</sup> Interview von Zelikow mit Tschernjajew, Januar 1994, in: Zelikow; Rice, a.a.O.; Kapitel 9, FN 12, S. 469.

<sup>86</sup> Pravda, 4.7., 26.6.1990.

<sup>87</sup> Zu Falins Standpunkt in einem Telefongespräch unmittelbar vor dem Eintreffen Kohls in Moskau, siehe: Falin, Konflikte..., a.a.O., S. 198f.; ders.: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 492ff.

tenden Diskussionen hinzugezogen.<sup>88</sup> Die letzte Entscheidung behielt sich der Präsident jedoch selbst vor. Beim Treffen mit der deutschen Delegation unter Leitung von Bundeskanzler Kohl in Moskau und in Archys schloß Gorbatschow zwischen dem 14. und 16. Juli 1990 seine deutschlandpolitische Wende ab. Freilich hatte sich diese seit langem angebahnt. Gleichwohl beharrte der sowjetische Präsident noch am Vormittag des 15. Juli darauf, Deutschland solle zwar der NATO angehören können, faktisch aber nur mit dem Gebiet der alten Bundesländer. Auch wollte er sich zu Beginn der Gespräche nur mit einer Bundeswehr von 300.000 Soldaten abfinden.<sup>89</sup> Manchem erscheint der schließlich in Shelesnowodsk verkündete Kompromiß auch heute noch unerklärbar. Hilfreich war dabei zweifellos das Angebot des Kanzlers, mittels eines "Großen Vertrags" eine völlig neue und dauerhafte Perspektive bilateraler Zusammenarbeit zu eröffnen.

Während der Verhandlungen akzeptierten die sowjetischen Verhandlungsführer, daß die Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags auch für den Osten Deutschlands Gültigkeit hätten. Schließlich stimmte Gorbatschow zu, daß nach dem Abzug sowjetischer Streitkräfte auch der NATO unterstellte deutsche Truppen auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden dürften.<sup>90</sup> Die wichtigsten sowjetischen Zugeständnisse waren die Bestätigung, daß das vereinigte Deutschland der NATO angehören sollte und alle sowjetischen Truppen innerhalb von vier Jahren aus Ostdeutschland abziehen würden, während die westlichen Soldaten in Deutschland verblieben. Unterstützt wurde das endgültige sowjetische Nachgeben, welches freilich schon im Mai 1990 gegenüber den USA angedeutet worden war, durch finanzielle Kompensationen.

Nach Abschluß der wahrhaft historisch zu nennenden Julibegegnungen nahm das Aushandeln finanzieller Details teilweise dramatische Ausmaße an. Gorbatschow schien sogar zuletzt den erzielten Kompromiß von Archys noch einmal zur Disposition zu stellen, um höhere Leistungen der Deutschen zu erzwingen. Er drohte sogar in letzter Minute mit der Blockierung der deutschen Souveränität.<sup>91</sup> Noch fünf Tage vor dem abschließenden Treffen der sechs Außenminister in Moskau bedeutete der sowjetische Präsident dem Bundeskanzler am Telefon, die gesamten Verhandlungen müßten neu begonnen werden, wenn Bonn nicht die im Zusammenhang mit dem sowjetischen Truppenabzug bis Ende 1994 notwendigen 15 Mrd. DM aufbringe.<sup>92</sup> Letztlich einigte man sich auf einen Betrag in der Nähe dieser Forderung, wobei der Kanzler zusätzlich zu den bereits vereinbarten 12 Mrd. DM (davon allein 7,8 Mrd. DM für den Bau von Wohnungen für bis Ende 1994 abziehende sowjetische Offiziere, später auf 8,3

---

<sup>88</sup> Sagladin im Gespräch mit R. Biermann am 13.4.1994, nach Biermann, *Zwischen Kreml...*, a.a.O., S. 681. Sagladin überschätzt seine Rolle möglicherweise.

<sup>89</sup> Vgl. M.S. Gorbatschow: *Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit*. Berlin 1993, S. 161-177. Merkwürdigerweise erstreckt sich der Protokollabdruck nicht auf die Gespräche von Archys.

<sup>90</sup> Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 724f.; Kwizinskij, a.a.O., S. 47ff.; H. Kohl, a.a.O., S. 421ff.; Genschler, a.a.O., S. 828-841; Teltschik, a.a.O., S. 316-342.

<sup>91</sup> Teltschik, S. 348, 352.

<sup>92</sup> Der Kanzler bot Gorbatschow bei diesem Gespräch acht Mrd. DM an. Sitarjan hatte von Waigel bei deren Verhandlungen vom 3. bis 4. September sogar 16 bis 18 Mrd. DM gefordert. Schließlich erhöhte der Kanzler zwei Tage vor dem Treffen in Moskau seine Zusagen auf elf bis zwölf Mrd. DM, zuzüglich eines zinslosen Kredits von drei Mrd. DM, vgl. Teltschik, a.a.O., S. 359-363.

Mrd. erhöht)<sup>93</sup> einen zinslosen Kredit in der Höhe von drei Mrd. DM anbot. Gorbatschow gab sich damit zufrieden, wohl wissend, daß die deutschen Gesamtleistungen für die Vereinigung und die Stützung der Perestrojka wesentlich höher anzusetzen waren. Tschernjajew meinte unlängst: "Wir haben mehr erhalten, als Deutschland – selbst schon ein mächtiger Staat und Hauptverbündeter einer nuklearen Supermacht – hätte geben müssen: Unterhalt für unsere lange dortgebliebenen Truppen, Bau von Wohnungen für Offiziere; Kredite, Hilfe (auch humanitäre), und aktive Unterstützung in internationalen Angelegenheiten, vor allem in der 'G-7'. In Geld ist das alles ca. hundert Mrd. Dollar wert. Etwas anderes ist, was wir daraus gemacht haben."<sup>94</sup>

Beim letzten Zwei-plus-Vier-Treffen am 12. September 1990 in Moskau wurde der "Vertrag über die abschließenden Regelungen in bezug auf Deutschland" abgeschlossen. Das vereinte Deutschland verzichtete auf alle Gebietsansprüche. Es erteilte der Herstellung und dem Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie der Verfügungsgewalt über diese eine Absage. Die deutsche Truppenstärke wurde durch vorherige einseitige deutsche Erklärung auf 370.000 Mann festgelegt. Auch nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der ehemaligen DDR dürfen ausländische Streitkräfte dort überhaupt nicht und deutsche integrierte NATO-Kräfte nur ohne Kernwaffenmittel stationiert werden.<sup>95</sup>

Am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Zwei-plus-Vier-Vertrages.<sup>96</sup> Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erfolgte auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes und eines zwischen beiden deutschen Staaten geschlossenen Einigungsvertrages. Am 9. November, dem Jahrestag der Maueröffnung, unterzeichnete Gorbatschow in Bonn den schon am 13. September paraphierten großen Partnerschaftsvertrag. Zu dieser Zeit war das Ende der Perestrojka des Generalsekretärs bereits abzusehen. Im Frühjahr 1991 war sogar die Ratifizierung der geschlossenen Abkommen durch den Obersten Sowjet gefährdet. Mehrfach warnten Diplomaten, wie der stellvertretende Außenminister Kwizinskij, vor den Folgen einer Ablehnung. Dennoch stimmte am 4. März 1991 der Oberste Sowjet nur den Rahmenverträgen (Zwei-plus-Vier und Partnerschaftsvertrag) zu.<sup>97</sup> Das Überleitungs- und das Truppenabkommen waren nur prinzipiell gebilligt worden. Einige Abgeordnete erhofften sich möglicherweise durch Druck auf die Bundesregierung finanzielle Nachbesserungen. Nachdem Bundesaußenminister

---

<sup>93</sup> Um den reibungslosen Abzug der WGT auf Ende August 1994 vorverlegen zu können, wurde diese Summe in einer Übereinkunft zwischen Kohl und Jelzin um weitere 550 Mio. DM aufgestockt.

<sup>94</sup> Černjaev, Ob"edinenie Germanii..., a.a.O., S. 34.

<sup>95</sup> Vgl. den Text in: Deutsche Außenpolitik 1990/1991. Dokumentation. Hg. v. Auswärtigen Amt, Bonn 1991, S. 167-171.

<sup>96</sup> Im Mai hatten beide Regierungen beschlossen, zum 1. Juli 1990 die DM in der DDR einzuführen, womit deren Währungshoheit verloren ging. Am 23. August hatte die Volkskammer mit 294 gegen 62 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beitritt der DDR in die BRD beschlossen. Am 31. August wurde ein Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands durch beide Regierung beschlossen und wenig später von beiden Parlamenten ratifiziert.

<sup>97</sup> Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 gab die Sowjetmacht ihre seit dem 5. Juni 1945 bestehenden und am 3. Oktober 1990 nur ausgesetzten Siegerrechte endgültig auf.

Genscher Mitte März nach Moskau geeilt war, um die schnelle Einbeziehung der Sowjetunion in europäische Institutionen zuzusichern, verabschiedete der Oberste Sowjet am 2. April – wieder hinter geschlossenen Türen – die restlichen Übereinkünfte. Zuvor hatte sich der Präsident an den Kanzler gewandt und um die Gewährung eines neuen Kredits in Höhe von 20 Mrd. DM nachgesucht. Diesen mußte Kohl jedoch mit Blick auf die durch die Wiedervereinigung entstandenen Lasten verweigern.

Fragt man nach den zwischen Ende 1989 und Ende 1992 übernommenen deutschen bilateralen Leistungen und Verpflichtungen zugunsten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, so muß man das Bruttovolumen auf insgesamt 83,55 Mrd. DM beziffern.<sup>98</sup>

Im einzelnen sind darin enthalten:	Mrd. DM
Garantie für Zahlungsbilanzkredite (einschl. Zinskosten)	9,2
Finanzielle Hilfen 1990 bis 1994 für den befristeten Aufenthalt und Abzug der Westgruppe der Streitkräfte und deren Reintegration	17,65
Interner Finanzierungsaufwand einschl. Zinskosten für den Transferrubelsaldo	18,4
Interner Finanzierungsaufwand für Beteiligungen der DDR an sowjetischen Investitionsprojekten (Jamburg und Kriwoj Rog)	4,2
Bilaterale humanitäre und technische Hilfe einschließlich des deutschen Beitrages zu den EG-Hilfen in diesem Bereich	5,7
Exportkreditgarantien	28,4

Die Maßnahmen zur Exportförderung, der größte hier angeführte Posten, beruht auf einem am Rande des Gorbatschow-Besuchs am 9. November 1990 geschlossenen Vertrag über die umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren. Der entsprechende Passus diente der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der UdSSR und den Firmen der ehemaligen DDR. Die bereitgestellten Hermes-Bürgschaften kamen somit auch der sowjetischen Wirtschaft – Stichwort: aktiver Vertrauensschutz – zugute, die ihrerseits auf Lieferungen ihr bekannter Firmen zu günstigen Kreditbedingungen setzte.

Rechnet man dennoch die eingesetzten Mittel für Maßnahmen zur Exportförderung für deutsche Firmen aus den neuen Bundesländern und die geleistete humanitäre und technische Hilfe heraus, so verbleiben als unmittelbare Kosten der deutschen Einheit knapp fünfzig Mrd. Deutsche Mark – und keineswegs, wie man vereinzelt lesen kann, nur fünfzehn Mrd. DM.

<sup>98</sup> Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen vom 25. Juni 1993.

## 7. Fazit

Ende der achtziger Jahre ging der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums von dessen Zentrum, der UdSSR, aus. Die Erneuerung sowjetischer Deutschlandpolitik vollzog sich vor dem Hintergrund eines qualitativen Wandels der spätotalitären Sowjetgesellschaft. Dieser hatte sich seit Jahren unterschwellig vorbereitet. Auslöser waren die sich verstärkenden allgemeinen wie zyklischen Krisen, aber auch das Faktum, daß ein Teil der sowjetischen Elite nicht mehr wie bisher leben mochte und auf die Überwindung der spätotalitären Strukturen setzte. Es waren daher 1989/1990 ebenso Veränderungen des internationalen Systems, d.h. die sich abzeichnenden Tendenzen der Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der UdSSR, wie auch der unabweisbare Zwang zur Modernisierung sozialistischer Industriegesellschaften sowie zur Globalisierung und nicht zuletzt der internationale Siegeszug von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft, die in einem dramatischen Paradigmenwechsel und somit der Zustimmung zur deutschen Vereinigung mündeten. Ein wesentliche Rolle spielte dabei der Gorbatschow-Faktor.

Schon seit dem Ende der siebziger Jahre waren für die UdSSR die Kosten des äußeren sowjetischen Imperiums kaum mehr vertretbar. Osteuropa hatte sich von einem Gewinn zu einer untragbaren Bürde gewandelt. Zudem war seit Anfang der achtziger Jahre sichtbar geworden, daß sich nicht nur weite Kreise der mittelosteuropäischen Bevölkerung weder mit der sowjetisierten "Zivilisation", noch mit der Vorherrschaft Moskaus jemals abgefunden hatten. Auch die herrschenden Führer Osteuropas waren angesichts der tradierten Überlegenheit ihrer Kulturstaaten gegenüber der Metropole des Imperiums, ihres Satellitendaseins überdrüssig. Angesichts der seit langem schwelenden Delegitimierung des Marxismus-Leninismus waren gerade die Funktionärseliten aus Gründen des Machterhalts gezwungen, sich gegen die sowjetische Hegemonie aufzulehnen. Die DDR machte davon keine Ausnahme. Ein Abwerfen der bisher vorherrschenden ideologisch motivierten geopolitischen Strategien drängte sich Moskau auf.

Eine spezielles Dilemma bot sich den Gorbatschowschen Reformern hinsichtlich der deutschen Frage dar. Zwar subventionierte die Bundesrepublik Deutschland die seit langem marode DDR-Wirtschaft, um die vereinbarten menschlichen Erleichterungen abzusichern. Aus sowjetischer Sicht hatten sich dadurch enge innerdeutsche Bindungen erhalten, wofür die SED-Führung verantwortlich gemacht wurde. Obwohl es schien, als hätten sich weite Kreise der deutschen Gesellschaft in beiden Staaten mit der Teilung abgefunden, kamen wichtige sowjetische Entscheidungsträger zu der Auffassung, daß diese künstlich und bei der inneren und äußeren Umgestaltung sowjetischer Politik hinderlich sei. Auch war im Zeitalter des atomaren Patts eine bis an die Elbe reichende imperiale Überdehnung keineswegs zwingend. Zudem stellte sich die SED-Führung bis zum Oktober 1989 gegen jede von Moskau ausgehende Reform, und Honeckers Nachfolger waren zu keiner Zeit in der Lage, die Situation in der DDR zu stabilisieren. Andererseits stand mit der Bundesrepublik Deutschland ein berechenbarer wirtschaftlicher und politischer Partner und Förderer der Konzeption des "gemeinsamen europäischen Hauses" bereit.

Für die traditionalistischen Kräfte in Moskau wirkte sich negativ aus, daß sich die sowjetische Diplomatie jahrelang Initiativen in der Deutschlandpolitik versagt hatte. Die Mauer, die man hätte steineweise gewinnbringend abbauen können, war ungeplant geöffnet worden, die DDR seit Mitte November 1990 im freien Fall befindlich. Gleichwohl ging Gorbatschow dennoch lange Zeit davon aus, eine erneuerte DDR könne in der sowjetischen Blocksphäre gehalten werden. Bis Ende Januar 1990 traute er vermutlich sogar einer gewandelten SED/PDS zu, das sozialistische Gesellschaftssystem, welches in der DDR ungewöhnlich viele Anhänger aufwies, zu sichern. Die von Ostdeutschland ausgehenden Alarmzeichen belehrten ihn jedoch eines Besseren. Zudem hatten qualitative Veränderungen in den Herrschaftssystemen anderer osteuropäischer Staaten, insbesondere in Polen, den Wert Ostdeutschlands für Moskaus Geopolitik deutlich gemindert. Stabilisierungsmaßnahmen zur Rettung des äußeren Imperiums wären mit außergewöhnlichen Kosten befrachtet gewesen.

Den Ausweg aus dem außenpolitischen, aber auch wirtschaftlichen Dilemma bot Bonn an, wo allerdings dessen politische Klasse immer mehr die Schwächezeichen der Sowjetunion registrierte, und zunehmend – unterstützt besonders von den geostrategisch operierenden USA-Politikern – auf die Vereinigung Deutschlands in der westlichen Allianz setzte. Dagegen wehrte sich Gorbatschow bis zum Mai 1990, indem er verschiedene Alternativen zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit ins Spiel brachte. Doch die Gefahr, daß sich die UdSSR isolieren könne, ein ungebundenes Deutschland ein gefährliches Sicherheitsrisiko darstellte sowie die Forderungen einiger osteuropäischer Regierungen, Deutschland in der NATO zu verankern, lösten einen neuerlichen Lernprozeß aus. Außerdem waren die deutschen Zugeständnisse bezüglich neu übernommener und teilweise wiederholter sicherheitspolitischer Selbstbeschränkungen keineswegs zu vernachlässigen. Auch die Angebote der NATO, sich strukturell und politisch zu wandeln, spielten eine Rolle bei dem endlich gefundenen Kompromiß vom Juli 1990. Die Aussicht auf eine langfristige ökonomische und politische Partnerschaft zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, zudem auf eine vertragliche Grundlage gestellt, ermöglichten der Sowjetführung die keineswegs leichte Anpassung.

Die politischen Reformen der UdSSR des Jahres 1988 und die Ergebnisse des XXVIII. Parteitags der KPdSU vom Juli 1990 hatten Gorbatschow einen ungewöhnlichen persönlichen Entscheidungsspielraum verschafft. Die sowjetische Bevölkerung war ohnehin zunehmend durch eigene Nöte abgelenkt. Auch hatte sich ihre Einstellung zu Deutschland sukzessive verändert. Die Ankündigung einer "sozialistischen Marktwirtschaft" hatte zudem einem Teil der bereits in die Ökonomie abgewanderten ehemaligen zweiten und dritten Ebene der Nomenklatura die Hoffnung vermittelt, die eigene Existenz sei an der Seite der Bundesrepublik Deutschland leichter abzusichern als gegen diese. Möglicherweise war auch deswegen ein so geringer Widerstand gegen Gorbatschows Deutschlandpolitik zu verspüren. Die Erkenntnis einer der UdSSR wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung und die Abschwächung antideutscher Resentiments hatten Gorbatschow die persönliche Entscheidung, die Vereinigung Deutschlands zuzulassen, auch gegenüber den Nationen der Sowjetunion erleichtert. Die sich anschließende Erneuerung der Moskauer Deutschlandpolitik ruft nachgerade die Deutschen auch weiterhin

dazu auf, die Nachfolgestaaten der untergegangenen UdSSR und ihre Bürger mit Respekt zu behandeln und mit Sensibilität zu verstehen.

Stellt man die Frage nach der Rationalität der Erneuerung sowjetischer Deutschlandpolitik, so dürfte nunmehr klar sein, daß – angesichts der Verschiebungen der internationalen Tektonik<sup>99</sup>, des Zusammenbruchs der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der Unmöglichkeit, das spätstalinistische System im weitesten Sinne zu modernisieren – die Sowjetführung nahezu unvermeidlich die Vereinigung Deutschlands akzeptieren mußte. Hilfreich war dabei auf sowjetischer Seite ein von Gorbatschow und seinem Team ausgehendes neues Herangehen an die internationalen Probleme, das in partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Allianzen und der Transformation der Militärblöcke mündete. Doch "nahezu unvermeidlich" soll hier keineswegs "naturnotwendig" bedeuten. Ein zusätzliches Motiv für die Zustimmung zur Vereinigung war die begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integration in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft bei den G-7 Staaten führen. Aber auch weiter zurückreichende realpolitische Motive mögen eine Rolle gespielt haben. Nicht auszuschließen ist, daß Gorbatschow dem alten sowjetischen Ziel letztlich ebenfalls näher zu kommen hoffte, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO die atlantische Allianz zu zerstören.<sup>100</sup> Ein enger Berater im Umkreis des damaligen Präsidenten verweist zusätzlich auf die in Moskau gehegte Illusion einer "Achse Moskau-Berlin".<sup>101</sup> Sie gehört übrigens nunmehr zu den Konstanten auch der von Gorbatschows Nachfolgern völlig restrukturierten russischen Außen- und Sicherheitspolitik.

---

<sup>99</sup> Vgl. J.L. Gaddis: Tectonics, History, and the End of the Cold War. Occ. paper, Ohio State University 1992; J. Staniszkis: Globalisierung und das Ende des Kommunismus, in: Internationale Politik, Jg. 52, No. 5, 1997, S. 19-24.

<sup>100</sup> Parteivorstand/Archiv: Einige Gedanken Falins zum Prozeß der deutschen Vereinigung vom 15.9.1990, S. 1.

<sup>101</sup> Černjaev, Ob"edinenie Germanii..., a.a.O., S. 25.

**Fred Oldenburg**

**The Renewal of Soviet Policy on Germany  
in the Reunification Phase**

Bericht des BIOst Nr. 22/1998

**Summary**

*Introductory Remarks*

According to the conventional doctrine of international relations, the qualitative renewal or even the restructuring of a superpower's foreign policy is a dramatic undertaking that as a rule is considered possible only as the consequence of a military conflict. Although the USSR's policy on Germany constituted only one sub-aspect of Soviet foreign-policy activity, it was nevertheless a particularly important one which, at the beginning and the end of the Cold War, established the framework and the terms of reference for the fundamental transformation of the international system. The present study attempts, on the basis of new archive material, of personal memoirs and major primary and secondary sources, to trace the peaceful adaptation of Soviet policy on Germany to changing international conditions. It was these that ultimately made the reunification of Germany possible and created an unexpected opportunity for the amalgamation of a new, united Europe.

*Findings*

1. Until the year of the revolution in 1989, the options open to Soviet policy on Germany were demonstrably restricted. The division of Germany, control over and the allegiance of the GDR were seen as indispensable to the security of the USSR's outer Empire, provided corroboration for an expansive ideology and were, in the Soviet understanding, also the price to be paid for Germany's defeat in the Second World War, which it had launched and waged with extreme brutality against the peoples of the Soviet Union. But the established international system had also come to terms with the notion of two separate German states.
2. The freedom of action open to Soviet diplomacy had – under the influence of the traditionalistically-moulded "Germanists" – been unilaterally curbed as a result of ideologized geopolitical mindsets and the ensuing need to pander to the elites in the GDR. Time had outpaced the thinking of the Soviet experts and strategists, most of whom were disciples of Gromyko, and until the end of January 1990 even Gorbachev and some of his senior counsellors still harboured the illusion that it would be possible to reform the GDR while at the same time keeping it within the Soviet outer Empire, even under conditions of national and social partition.

3. The redefinition of Soviet policy on Germany took place against the background of a qualitative inward and outward change in Soviet society that had been subliminally brewing for years. It became increasingly apparent to the ruling circles in the USSR that the Marxist-Leninist script for shaping history was in tatters. But they also found themselves unable to resort to the options previously inherent in the Soviet system for using brute force to salvage the Empire, because although such methods might have enabled the USSR to retain its hold on Eastern Europe and the GDR for a while longer, they counteracted some cardinal objectives of the reformers in Moscow.
4. It was especially the overstretching of the Soviet outer Empire, coinciding and interacting with trends towards systemic decline within the Soviet Union itself, that made it necessary to change the paradigms of Soviet foreign and security policy. But this shift undermined the Soviet communist power position in Europe still further, since it entailed a certain, though by no means inevitable, possibility of a breakdown of the status quo. The fatal development was that the peoples of Eastern Europe, in particular in Poland and Hungary, recognised and picked up this concealed trend and expedited the quantitative transition of the outer Empire by adding a qualitative impetus – i.e. one that revolutionised the status quo.
5. Against this backdrop, the USSR's peaceful withdrawal from its outer Empire, its consent to the reunification of Germany within NATO can be explained only with reference to a virtually unique constellation of numerous objective and subjective factors. The logic of Gorbachev's envisaged restructuring of the Soviet system of rule entailed rapidly diffusing orientation towards the major Western powers. But it would also have required a rapid improvement in efficiency in the other states of the socialist community, too. As it happened, some important partner countries refused to adopt the perestroika model, instead forming an informal bloc in opposition to Gorbachev's policies in the hope of being able to preserve their own power. On the other hand, in the course of 1989, pressure from below to cast off the party monopoly system altogether and to escape as quickly as possible from the compulsory constraints of imperial institutions such as the Warsaw Pact and the CMEA returned and intensified, precisely in the countries forming the USSR's geopolitical front yard. To counteract these political desires on the part of large sections of the population by reapplying the Brezhnev doctrine would have jeopardised the cooperation with the USA and its allies, especially West Germany, that Gorbachev urgently needed to salvage his perestroika. Thus, the motives that triggered the restructuring of Soviet policy on Germany were, on the one hand, the – albeit futile – attempt to adapt the prevailing latter-day-Stalinist system to the necessities of the technological revolution as the basis for further modernization and, on the other, dramatic changes in the international system, ultimately coupled with an "appreciation of the necessities of history."
6. The improvement in relations between the Soviet Union and the West Germany as of 1987/88 and the simultaneous rejection of perestroika and glasnost by the SED leadership in the GDR, seen against the background of both Gorbachev's "new political thinking"

and the impossibility of reforming the communist social system, gradually changed the Soviet view of the importance and the contributions of the two German states to the security and well-being not only of the elites but also of the simple citizen in the USSR. The hitherto rigid perception of the need to keep Germany divided relaxed.

7. However, one of the fundamental prerequisites for the change of course initiated by Gorbachev and Shevardnadze was the dramatic turn of events of 1989 in the GDR, which the Moscow leadership had itself indirectly triggered. Though the people who had taken part in the mass exodus from East Germany and those who joined in the tumultuous demonstrations within the country itself could not have imagined that the GDR would cease to exist, the opening of the Berlin Wall marked a new date in German history. But in the months immediately thereafter, too, i.e. from November 1989 to the end of January 1990, the Soviet leadership still appeared to assume that a reformed GDR, restyled according to the models of perestroika and glasnost, would remain a part of the renovated Empire, or at least of the Soviet sphere of influence. This illusion was shattered when the authorities in the GDR proved incapable of ruling under new conditions and when the long repressed populace refused to respond in the accustomed fashion, instead pressing more and more for accession to the Federal Republic of Germany.
8. The amazing thing was and is that the Soviet leadership put such little effort into defending the balance of power at the centre of Europe. However, among the decisive factors in this context were the constantly rising foreign-policy and economic cost of maintaining the Empire, the learning process that this triggered and accelerated among some sections of the leadership elite in Moscow, and thus ultimately the attempt launched by the anti-Stalinist school against the background of the shifting "correlation of forces" to redefine communist foreign and domestic policy, to open up to the West, to promote integration in the global economy, to accept a universally valid law of nations, and to risk the experiment of a democratic socialism. A significant milestone was the realisation gained in early 1990 that in East Germany, too, the latter-day-Stalinist model had failed, that the GDR could no longer be stabilised by peaceful means, and that its increasing dependence on West Germany could no longer be reversed without unreasonable expense. In coming to these conclusions, the Soviet politicians assumed that the Germans were driven by an unfaltering quest for national unity.
9. Nevertheless, at the beginning of 1990, Soviet diplomacy still had a large number of instruments and ways of bringing influence to bear to channel or even to seriously impede the reunification process. These included, in particular: a military presence of 340,000 soldiers; the continuing validity of the quadripartite status of Germany under international law and thus the need to arrive at an amicable agreement; the long-standing bilateral ties between the USSR and the GDR; the ability at any time to play on Germany's neighbours' distrust and kindle fears of a new "Fourth Reich," or at least of a reunited Germany as a new superpower that would be difficult to integrate with the rest of Europe; the possibility of singling Germany out in terms of security policy and/or of setting up insurmountable hurdles to a united Germany's membership of NATO; the ability to procrastinate on or

even to block disarmament talks completely; or simply to drive the financial cost of unification into unaffordable dimensions. Indeed, Soviet diplomacy did employ one or the other of these instruments in late 1989/1990, but as of the early summer of 1990 it succumbed to the advantages of a radically restructured policy towards Germany. For instance, the alternative of a Germany without a stabilising anchor in NATO appeared by no means very attractive. And other proposals put forward by the Soviet experts on Germany, e.g. German membership of both alliances, were not only impracticable but would also have isolated Soviet diplomacy in the Two-plus-Four process.

10. Initiatives to prevent the reversal of the expropriations carried out in the Soviet occupation zone between 1945 and 1949 were launched by the Modrow government and by the leadership of the PDS (ex-SED). These were picked up and strongly supported by the Soviet side in the run-up to and during the Two-plus-Four negotiation process. Although Gorbachev kept a low profile during talks on this issue, the German side was bound to assume that it was an important precondition for reunification.
11. Major readjustments on the part of the Soviet leadership, which as of the end of January 1990 was basically in agreement with the reunification of Germany, were accompanied by contradictory signals, cunctatory resistance and at times almost open rebellion by important traditionalist hardliners against the policies of Gorbachev and Shevardnadze. Not until positive signals came from the West and the General Secretary won reelection at the 28th Party Congress of the CPSU in July 1990 was the way paved for the compromise of Moscow and Archys, which eventually led to the Two-plus-Four treaty and a bilateral partnership treaty.
12. Nevertheless, it still took outstanding Western statesmanship, not to mention economic compensation from West Germany to the tune of just on DM 50 billion, to guide traditionalist Soviet politics within a few months towards a partnership-based acceptance of the unity of Germany, embodied in the Western alliance. That this was achieved at all was thanks to the fact that it proved possible to short-circuit the established decision-making processes, which caused profound insecurity among the leading Soviet institutions such as the authoritative committees of the Party, the government, the KGB and the army, so that these were readily outmanoeuvred and sidelined by Gorbachev, Shevardnadze, Yakovlev and their closest advisers.
13. As to the rationale behind the rethink in Soviet policy on Germany, this was rooted in the conviction that a reunited Germany would be more able and likely than a Germany in a persisting state of partition to promote perestroika in the Soviet Union, to serve as a bridge towards Western Europe, and to assist the USSR in its efforts to gain integration into the global economy. But visions of a Moscow-Berlin axis and hopes of pushing back US dominance in the long term probably had a part to play, too.